Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 258. Sonntag den 4. November 1849.

Breslau, 3. November.

Da der bedauerliche Zwiespalt, welcher zwischen einem großen Theil unserer Kammern und den Ministern durch den Streit über das Steuerbewilligungsrecht, von dessen weiteren Verlauf vielleicht unsere ganze Zukunft abhängt, noch keineswegs als beseitigt angesehen werden kann, so gern wir uns auch der Hoffnung einer friedlichen Ausgleichung hingeben, so dürfte es nicht ohne Interesse sein, zu übersehen, was in den constitutionellen Staaten Deutschlands in Betreff dieses Punktes schon früher Rechtens war. Die Zusammenstellung der einschlagenden Bestimmungen aus einigen der wichtigsten Verfassungs-Urkunden wird dieses dem Leser am anschaulichsten und zuversichtlichsten darlegen, daher wir diese zunächst ohne weiteres folgen lassen.

In der Verfassungs-Urkunde für das Königreich Würtemberg vom 25. Sept. 1819 war bestimmt (§ 109): Soweit der Ertrag des Kammergutes nicht zureicht, wird der Staatsbedarf durch Steuern bestritten. Ohne Verwilligung der Stände kann weder in Kriegs- noch Friedenszeiten eine direkte oder indirekte Steuer ausgeschrieben werden. — (§ 112.) Der von den Ständen anerkannte und angenommene Hauptetat ist in der Regel drei Jahr gültig. — (§ 178.) Es hängt vom Könige ab, die Gesetz-Entwürfe oder andere Vorschläge an die erste oder zweite Kammer zu bringen, ausgenommen, wenn sie Verwilligungen von Abgaben betreffen; in welchem Falle solche immer zuerst an die zweite Kammer gelangen. — (§181.) Von dieser wird sie nach vorgenommener Untersuchung über die Nothwendigkeit und Nützlichkeit (§ 110) in Berathung gezogen und nach vorgängiger vertraulicher Besprechung mit der ersten Kammer ein Beschluß darüber gefaßt; dieser Beschluß wird dann der ersten Kammer mitgetheilt, welche denselben nur im Ganzen, ohne Aenderung, annehmen oder verwerfen kann; erfolgt das letztere, so werden die bejahenden und verneinenden Stimmen beider Kammern zusammengezählt, und nach der Mehrheit sämmtlicher Stimmen wird alsdann der Ständebeschluß abgefaßt. Würde in diesem Fall Stimmengleichheit eintreten, so hat der Präsident der zweiten Kammer die Entscheidung.

Die Verfassungs-Urkunde des Großherzogth. Hessen vom 7. Dezember 1820 enthält über denselben Gegenstand Folgendes [§ 67): Ohne Zustimmung der Stände kann keine direkte oder indirekte Auflage ausgeschrieben oder erhoben werden. Das Finanzgesetz, welches immer auf drei Jahre gegeben wird, soll zuerst der zweiten Kammer vorgelegt werden, welche darüber, nach vorheriger vertraulicher Besprechung mit der ersten Kammer durch die Ausschüsse, ihre Beschlüsse zu fassen hat. Die Beschlüsse der zweiten Kammer kann die erste nur im Ganzen annehmen oder verwerfen. Geschieht das letztere, so wird das Finanzgesetz in einer Versammlung der vereinigten beiden Kammern, unter dem Vorsitz des Präsidenten der ersten discutirt und der Beschluß nach Stimmenmehrheit gefaßt. (§ 69.) Die Auflagen in sofern sie nicht blos für einen vorübergehenden oder bereits erreichten Zweck bestimmt waren, dürfen nach Ablauf der Verwilligungszeit noch sechs Monate forterhoben werden, wenn die Ständeversammlung aufgelöst wird, ehe ein neues Finanzgesetz zu Stande kommt, oder wenn die ständischen Berathungen sich verzögern. Diese sechs Monate werden jedoch in die neue Finanzperiode eingerechnet. Ziemlich gleichlautend ist das Verfassungsgesetz für Baden vom 22. August 1818, § 53, 60 bis 63.

Die Verfassungsurkunde von Kurhessen vom 5. Januar 1831 (§ 143) verordnet: die Stände haben für Aufbringung des ordentlichen und außerordentlichen Staatsbedarfs, so weit die übrigen Hilfsmittel zu dessen Deckung und Aufbringung nicht hinreichen, durch Verwilligung von Abgaben zu sorgen. Ohne landständische Bewilligung kann vom J. 1831 an, weder in Kriegs- noch in Friedenszeit eine direkte oder indirekte Steuer, so wenig als irgend eine sonstige Landesabgabe, sie habe Namen welchen sie wolle, ausgeschrieben oder erhoben, vorbehaltlich der Einziehung aller Steuern aus den Vorjahren, auch unbeschadet der in § 160 enthaltenen vorläufigen Bestimmung. (§ 144.) Die Verwilligung des ordentlichen Staatsbedarfs erfolgt in der Regel für die nächsten 3 Jahre. — (§ 146.) In dem Ausschreiben und Verordnung, welche Steuern und andere Abgaben betreffen, soll die landständische Verwilligung besonders erwähnt sein, ohne welche weder der Erheber zur Einforderung berechtigt, noch die Pflichtigen zur Entrichtung schuldig sind.

Der im obigen erwähnte § 160 ist ein Seitenstück zu dem famosen § 108 unserer Verfassung vom 5. Dezember v. J. Aber er steht unter den vorübergehenden Bestimmungen und kann bei der so bestimmten Fassung der mitgetheilten Stellen und seinem eigenen Wortlaut einer Deutung nicht unterliegen, indem er dahin lautet: „daß die dermaligen Steuern und anderen Abgaben weiter ganz in der bisherigen Weise zu erheben sind, bis deshalb eine andere Entrichtung auf verfassungsmäßigem Wege getroffen sein wird.

Die Verfassungs-Urkunde, welche das Königreich Sachsen am 4. Septbr. 1831 erhielt, beruht freilich auf denselben Prinzipien, spricht sich § 96—104 aber nicht so klar und unzweideutig aus. Anders dagegen:

Das freilich im J. 1837 beseitigte Staatsgrundgesetz für das Königreich Hannover, vom J. 1833, § 140: Die allgemeine Ständeversammlung hat die Verpflichtung, für die Deckung der für den öffentlichen Dienst nothwendigen Ausgaben insoweit zu sorgen, als sie aus den Einkünften des Kronguts und der Regalien nicht bestritten werden können. Dagegen steht ihr das Recht zu, das Budget zu prüfen und zu bewilligen (§ 145). Die zur Bestreitung der Landesausgaben erforderlichen Steuern und Abgaben bedürfen einer jährlichen Bewilligung der allgemeinen Ständeversammlung. In dem jährlich erforderlichen Ausschreiben soll der ständischen Bewilligung besonders erwähnt werden; die Bewilligung der Steuern darf an keine Bedingung geknüpft werden, die nicht deren Wesen und Verwendung unmittelbar betrifft. (§ 146) Sollten die von der Landesregierung in Antrag gebrachten, zu den Bedürfnissen des Landes erforderlichen Steuern und Abgaben bei Auflösung einer Ständeversammlung nicht bewilligt sein, so können die bestehenden Steuern und Abgaben so weit sie nicht zu einem vorübergehenden bereits erreichten Zweck ausgeschrieben worden, nach 6 Monaten von Ablauf der letzten Bewilligungszeit an unverändert forterhoben und zu dem Ende in Beziehung auf diesen § ausgeschrieben werden.

Wir ersehen daraus, daß das Recht der Steuerbewilligung, in der Weise, daß nach Ablauf der Finanz-Periode, die Minister, bevor das Budget von den Kammern und zunächst von der zweiten angenommen war, Steuern nicht von Neuem ausschreiben und erheben lassen durften, — ein Recht, für welches man von gewisser Seite her gern den gehässigen und furchterregenden Namen „Steuerverweigerung“ current zu machen, das man als eine demokratische Märzerrungenschaft darzustellen sich bemüht, keinesweges in Deutschland etwas so Neues ist. — Ein Mann, welcher gerade in dem vorigen und jetzigen Jahre seine konservative Gesinnung besonders bewährt hat, einer der entschiedensten Gegner der Volkssouveränetät, Verfechter des Vereinbarungsprincips, Stüve, sagt in seiner von Dahlmann herausgegebenen Vertheidigung des hannoverschen Staatsgrundgesetzes (1838), indem er die Vorzüge der jährlichen Berufung der Ständeversammlung und jährliche Feststellung des Etats zu rechtfertigen suchte, die in andern deutschen Staaten meist nur alle 2 oder 3 Jahre stattfand: „Die jährliche Bewilligung der Steuern war übereinstimmendes altes Recht aller Landestheile“, und nachdem er nun die politischen Gründe, welche dafür sprechen, angegeben, fährt er fort: „Darum ist sie wie vor Alters stehen geblieben; aber man hat die Rechte der Stände erweitert. Wäre vormals zu Ende der Bewilligungsperiode die neue Bewilligung nicht erfolgt, die Regierung hätte keine Steuern erheben dürfen. Jetzt ist ihr gestattet, sechs Monate nach der Bewilligung die Steuern zu erheben, vorausgesetzt, daß die Versammlung aufgelöst wird. Nur eine große Aufregung und höchst feindliche Stimmung kann es dahin bringen, daß im Streite entweder mit der Regierung oder unter den Kammern die Stände lieber alle Ordnung des Landes in Gefahr bringen, als sich zu der Bewilligung auf ein Jahr vereinigen sollten. Eine Versammlung dieser Art wird besser aufgelöst.“ — Wir wollen nicht weiter ausführen, wie mit dem Steuerbewilligungsrecht keineswegs die Gefahren verbunden sind, wie manche es sich vorstellen, und womit andere uns gern schrecken wollen. Die Gefahren sind in der That keine andern, als die mit einer konstitutionellen Verfassung überhaupt verbunden sind. Aber wenn diese Ansicht, welche wir mit Männern theilen, die doch wahrlich auch die Geschichte kennen und in das Leben der Völker tiefere Blicke gethan haben, als so viele Andere, — wir meinen insbesondere unsern Dahlmann, — auch irrig sein sollte, war doch sicher die Gefahr, welche aus dem Steuerbewilligungsrecht hätte erwachsen können, durch das Möcke'sche Amendement auf ein Minimum zurückgebracht, da eine „Steuerverweigerung“ durch beide Kammern ein Ereigniß wäre, welches sicher zu den außerordentlichsten Dingen gehören würde. Um so unbegreiflicher ist es daher, wie das Ministerium dennoch so eifrig auf Wiederherstellung des § 108 durch die erste Kammer hinarbeiten konnte; wie es nun von dem Lande, wir möchten sagen der Möglichkeit des Schattens, eine Gefahr abzuwenden, eine unmittelbare hervorzurufen vermocht, welche alle unsere Hoffnungen bedrohen, und als wetterschwangere Wolken in Sturmeseile über unsern Häuptern emporsteigen mußte. Denn wahrlich für geringer vermöchten wir einen entschiedenen Bruch mit der „altliberalen“ Partei und seinen Folgen nicht anzuschlagen. Es konnte doch aber auch wohl dem Kurzsichtigsten nicht entgehen, daß, nachdem die zweite Kammer einerseits den § 108 mit so gewaltiger Mehrheit verworfen, andererseits das Möcke'sche Amendement angenommen hatte, nun hinterdrein die erfolgreichen Anstrengungen der ersten Kammer, jenen Paragraph wieder herzustellen, gegen welchen die Gemäßigsten der konstitutionellen Partei, wie ein Graf Schwerin mit aller Wärme und Kraft gekämpft hatten, als eine Art Kriegserklärung gegen dieselbe, als eine Manifestation, daß man nicht Anstand nehme, über das hinwegzugehen, was die Constitutionellen als einen der wichtigsten Verfassungsgrundsätze betrachteten, den sie ganz fallen zu lassen, niemals vermöchten. Und dazu die auf einmal hervorbrechenden, ganz im Tone der äußersten Rechten gehaltenen Angriffe gegen das konstitutionelle System und gegen die Altliberalen in den Organen der Presse, aus welchen man glaubt, die ministeriellen Ansichten am besten entnehmen zu können! Wie weit dienstbarer Eifer sich vergriffen, und einen gar zu gewaltigen Ansatz genommen hat, vermögen wir nicht zu beurtheilen. Der Ton ist herabgestimmt, besänftigend geworden, man hat der Sache gesucht eine andere Wendung und Deutung zu geben: Man habe es ja gar nicht auf die ganze konst. Partei gemünzt gehabt, nur auf eine Fraktion oder gegen einzelne Männer sei es abgesehen gewesen, welche ihrer feindseligen Gesinnung gegen das Ministerium nur hätten Luft machen wollen, die von selbstsüchtigen Absichten und Interessen geleitet, Intriguen zettelten. Und das Alles bricht jetzt bei dem Kampf um den § 108 hervor? Wie gehört die Verfechtung eines der wichtigsten constitutionellen Rechte etwa zu den Feindseligkeiten gegen das Ministerium? Oder sollte wirklich die große Majorität der zweiten Kammer in dieser Frage nun anderes Sinnes geworden; sollten diejenigen, welche glaubten, wenigstens das Princip der Steuerbewilligung aufrecht halten zu müssen, sich als kleines oppositionelles Häuflein herausstellen? Ist eine Spaltung eingetreten oder wird daran gearbeitet? Ein Schleier ruht für uns fern stehende noch über die so befremdlichen Ereignisse und Vorgänge der letzten Tage. Es wäre das Beklagenswertheste, was wir erleben könnten, wenn von irgend einer Seite, sei es dadurch, daß man hier Unmögliches mit der Ueberzeugung und dem Gewissen Unvereinbares zumuthete, sei es dort irgend wie die Persönlichkeit nicht der großen Sache des Vaterlandes unterzuordnen wüßte, der friedliche Fortgang des Verfassungswerkes gestört würde. Wir zweifeln nicht, daß die Männer, welchen wir bisher vertraut haben, auch gerechtfertigt aus diesem Kampfe hervorgehen werden, was auch das Ende desselben sein mag. Wir sehen uns aber auch bei dieser Gelegenheit ver-

anlaßt zu erklären, jede dahin gehende Insinuation zurückzuweisen: daß auch hier in Schlesien die constitutionelle oder altliberale Partei von einer systematischen Opposition sehr weit entfernt ist, daß ihr einziger jetziger Zweck, ihre Grundsätze möglichst zu vertreten, und daß sie ohne Rücksicht auf Personen dieses mit Freuden im Einklange mit der Regierung thun und es sehr bedauern würde, sich auf die oppositionelle Bahn zurückgedrängt zu finden. Wilda.

△ Oesterreichs und Deutschlands Zoll- und Handelseinigung.

II.

Im Jahr 1846, dessen offizielle Nachweise wir dem statistischen Material zu Grunde legen werden, und das sich auch, weil es vor den großen Krisen der letzten Zeit liegt, zum Normaljahre eignet, hatte Oesterreich bei einer Bevölkerungsmenge von 34,513,649 Seelen einen Gesammtimport von 131,155,635 Gulden Konv.-M., wovon 62,290,394 G. auf Naturprodukte und Landwirthschafts-Erzeugnisse, 58,646,472 G. auf Fabrikstoffe und Halbfabrikate, 10,218,769 G. auf Ganzfabrikate, Litteratur und Kunstsachen fielen. Der Export betrug 1846: 111,364,357 G., davon 30,273,639 G. Natur- und Landwirthschafts-Erzeugnisse, 47,637,737 G. Fabrikstoffe und Halbfabrikate, 33,452,881 G. Ganzfabrikate. Daraus ergiebt sich für Naturprodukte eine Mehreinfuhr von 32,016,755 G., für Fabrikstoffe eine Mehreinfuhr von 11,008,735 G., für Ganzfabrikate eine Mehrausfuhr von 23,234,112 Gulden, — im Ganzen eine Mehreinfuhr von 19,791,298 G. Und es ergiebt sich ferner, daß von der österreichischen Gesammtausfuhr die Naturprodukte und Fabrikstoffe über zwei Drittheile, von der Gesammteinfuhr $^{12}/_{13}$ betragen, und daß kaum $^{1}/_{3}$ der Ausfuhr und $^{1}/_{18}$ der Einfuhr auf die Ganzfabrikate kommt. Die angegebenen Verhältnisse modifiziren sich natürlich in den einzelnen Provinzen des österreichischen Staates, aber im Ganzen ist das entschiedene Resultat: 1) Geringes Bedürfniß ausländischer Ganzfabrikate, zum Theil wegen geringen Konsums, zum Theil, weil die inländische Industrie den Bedarf deckt; 2) Großes Bedürfniß an ausländischen Rohstoffen; 3) Hauptquelle der Ausfuhr ist der Produktenreichthum des Landes. Nur in wenigen Provinzen ist der Export überwiegend, und auch hier ist eine starke Rohstoff- und Halbfabrikatenausfuhr die Ursache, z. B. in der Lombardei, wo sie 24,033,047 G. und die Mehrausfuhr 11,447,813 G. betrug, ferner in Galizien (1,151,177 G.), wo man die Salzausfuhr, und in dem Küstenlande (1,026,692 G. Mehrausfuhr), wo man den Handel der Seehäfen in Betracht ziehen muß. Dagegen beträgt zur Ausgleichung in Ungarn der Import fast noch einmal so viel, — (16,685,127 G. zu 9,285,488 G.) und in Steiermark, Kärnthen und Krain fast 9 mal so viel, (4,204,635 G. zu 435,811 G.) als der Export. — Aber es wird hier gleich hinzuzufügen sein, damit man nicht an eine Ueberschwemmung mit ausländischen Manufakturwaaren denke, daß von diesem großen Import in Ungarn nur 1,524,728 G. auf Ganzfabrikate, dagegen 8,756,464 G. auf Naturerzeugnisse und 6,403,935 G. auf Fabrikstoffe und Halbfabrikate kommen. So ist es auch in Steiermark, Kärnthen und Krain, wo das Gros der Einfuhr 3,006 806 G.) den Naturprodukten angehört, und nur 111,726 G. den Ganzfabrikaten. In anderen Provinzen, wo eine große Mehreinfuhr und dabei starke Industrie statt hat, wie in Oesterreich unter der Enns (4,128,703 G.) und Böhmen (2,475,931 G.) ist dieselbe ebenfalls nur dem starken Verbrauch an Naturprodukten und Fabrikatstoffen zuzuschreiben. Von letzteren zum Beispiel führt Böhmen f. 14,867,140 G. und Oesterreich unter der Enns f. 10,360,659 G. ein. Was die Ausfuhren betrifft, so findet man in allen Provinzen die Masse derselben in Rohstoffen und Naturprodukten, und nur im Lande unter der Enns, wo die Wiener Industrie in Betracht kommt, und in Böhmen sind die Ganzfabrikate in überwiegender Zahl ausgeführt (von ersterem 12,729,503 G., von Böhmen 5,718,655 G.), so daß sich die Gesammtverhältnisse der Ein- und Ausfuhr mit nur geringen Aenderungen in den einzelnen Provinzen wiederholen.

Der erste Schluß, den man daraus ziehen kann, ist, daß in Betreff der Ein- und Ausfuhr diese Provinzen ziemlich übereinstimmende Bedürfnisse haben, und daher dem Anschlusse des Gesammtstaates an den Zollverein von dieser Seite Nichts im Wege steht. Speciell die deutschen Bundeslande Oesterreichs mit einer Gesammteinfuhr von 64,386,431 G. und einer Gesammtausfuhr von 51,748,087 G. repräsentiren in den einzelnen Zweigen vollkommen die ökonomischen Verhältnisse Oesterreichs. Der zweite Schluß ist, daß für die Volkswirthschaft Oesterreichs möglichste Freiheit in der Ein- und Ausfuhr der Rohstoffe, zum Besten der Fabrikanten wie der Producenten Bedürfniß ist, und daß durch die zu starken Eingangszölle auf ausländische Fabrikate, wobei zunächst vom Zollverein noch ganz abgesehen werden kann, nicht nur der geringe und nothwendige Bedarf der Bevölkerung unnöthig vertheuert wird, sondern auch der österreichischen Ausfuhr sich ausländische Märkte verschließen müssen.

Wenn man nun den Handelsverkehr zwischen Oesterreich und dem Zollverein zusammenfaßt, so findet man, daß in unserm Normaljahr 1846 die Ausfuhr Oesterreichs über die Zollvereinsgränzen, wobei der Transit mit eingeschlossen ist, an Natur- und Landwirthschafts-Erzeugnissen 11,470,525 G., an Fabrikstoffen und Halbfabrikaten 14,463,834 G., an Ganzfabrikaten 11,096,047 G., in Summa 37,030,409 G., also ein Drittheil der Gesammtausfuhr betrug, wonach der Zollverein, da der Haupthandel Oesterreichs nach andern, als den Zollvereinsstaaten zur See geführt wird, und demnach der Transit sehr gering anzuschlagen ist, als erster Consument Oesterreichs erscheint, und in Naturprodukten und ganzen Fabrikaten allen übrigen Staaten bei weitem vorangeht, in Halbfabrikaten nur hinter der Schweiz (15,873,983 G.) zurücksteht. Die Einfuhr nach Oesterreich über die Zollvereinsgrenzen betrug an Natnrprodukten 8,827,362 G., an Fabrikstoffen und Halbfabrikaten 23,562,373 G., an Ganzfabrikaten 4,893,101 G., in Summa 37,562,373 G., also ebenfalls fast ein Drittheil der Gesammteinfuhr; sie steht in sämmtlichen Zweigen, voran mit einziger Ausnahme der Seeeinfuhr von Naturprodukten über Triest (16,418,627 G.), und Venedig (10,621,762 G.) Die Ein- und Ausfuhr balancirt also im Ganzen; nur die geringe Mehreinfuhr von 531,928 G. ergiebt sich für Oesterreich; dagegen liefern die Ganzfabrikate eine Mehrausfuhr von 6,202,946, und den dritten Theil der Gesammtfabrikatenausfuhr, und auch für Naturprodukte hat Oesterreich eine Mehraussuhr von 2,043,163 G. Von dem Import der Naturprodukte ist zu bemerken, daß er sich hauptsächlich aus Kolonialwaaren (2,796,427 G.), Getreide (2,477,923 G.) und Brenn- und Bau-Materialien (1,123,001 G., meist Floßholz und Brettern aus Baiern und Würtemberg zusammensetzt), also vom Bedarfe geboten wird, was auch für die Halbfabrikate und Fabrikenstoffe gilt. Aus diesen Thatsachen resultirt, wenn man noch hinzufügt, daß auch im Verkehre des Zollvereins Oesterreich die zweite Stelle einnimmt, wie eng beide zusammengehören. Für Oesterreich speciell ist nachgewiesen, daß es bei der jetzigen Absperrung doch einen großen Theil seiner Manufakten nach dem Zollvereine absetzt, daß es von ihm Rohstoffe bedarf, daß der Zustand der österreichischen Industrie trotz aller Zölle die Zufuhr von Ganzfabrikaten aus dem Zollverein nothwendig macht, ja daß über den Belang dieser Zufuhr die offiziellen Listen einen sehr ungenügenden Ausweis geben, weil hierbei der Schmuggel, durch hohe Prämien gereizt, das Meiste zu thun hat, was namentlich für einige Gattungen von Waaren, z. B. Baumwollenwaaren, notorisch ist. Wenn man die Erweiterung des österreichischen Waarenabsatzes und die Vortheile, für seine Fabrikation durch Erleichterung der Rohstoffzufuhr, welche sich nach Freigebung des Verkehrs ergeben würden, mit der Furcht, der wiener und böhmischen Fabrikanten vor Ueberschwemmung mit Zollvereinswaaren compensirt, so wird sich sehr augenscheinlich die Bilanz zu Gunsten des Anschlusses ziehen lassen.

Stellt man den Gesammtverkehr Oesterreichs mit dem Zollvereine zusammen, so zeigt sich, daß der Zollverein trotz eines Bevölkerungs-Minus von 5,000,000 Menschen, doch einen etwa doppelt so großen jährlichen Waarenumsatz, einen 4 Mal so großen Manufakten-Absatz, 4 Procent mehr Antheil an dem Gesammthandel der europäischen Völker, als Oesterreich hat, und daß im Durchschnitte auf den Kopf im Zollvereine etwa 12 Thaler, in Oesterreich nur $5^{1}/_{2}$ Thaler vom Gesammtumsatze kommen. Wenn bei diesem Verhältnisse auch unzählig viel andere Umstände konkurriren, so wird man doch den Grund des so auffallenden Mißverhältnisses mit in dem bisherigen Systeme Oesterreichs suchen müssen.

Man sieht das am deutlichsten bei einer Betrachtung der österreichischen Zölle. Der Zollertrag betrug 1846 in der Einfuhr für Naturprodukte und landwirthschaftliche Erzeugnisse: 12,702,533 G., für Fabrikstoffe und Halbfabrikate: 2,455,486 G., für Ganzfabrikate: 1,042,366 G.

Es ruhen also $^{14}/_{15}$ der gesammten Eingangszölle auf Rohstoffen, und wenn man 8,500,000 G. Eingangszölle auf Colonialwaaren veranschlagt, so bleiben 5,500,000 G. auf Fabrikstoffen zum empfindlichen Nachtheile für die industrielle Produktion und für die konsumirende Bevölkerung. Der Zollertrag für die Ausfuhr betrug 1,167,342 G., wovon 912,134 G. auf Fabrikstoffe kommen, wobei nachzuweisen ist, daß sie keineswegs dem Lande Nothwendiges entziehen, daß also die Zölle ohne Grund den Aufschwung der Ausfuhr hemmen. — Die Finanzen des Landes stehen sich dabei schlecht genug, denn der Schmuggelhandel muß bei solchen Zöllen aufblühen und er wird namentlich vom Auslande und den italienischen Häfen aus mit hochwerthenden Fabrikaten im ausgedehntesten Maßstabe betrieben. Die Gesammtbruttozolleinnahme Oesterreichs betrug 1846: 17,166,727 G., incl. des Transitertrages von 75,662 G. und des dalmatischen Zollertrages von 237,306 G.: 17,479,695 G., was bei einer Bevölkerungsmenge von 34,513,649 Menschen etwa 12 Sgr. Preuß. pro Kopf giebt. Im Zollvereine stellte sich in dem für den Handel so ungünstigen Jahre 1848 die Gesammtbruttozolleinnahme auf 22,696,298 Thlr. (Eingangszoll: 22,013,013 Thlr., Ausgangszoll 366,864 Thlr., Durchgangszoll 316,422 Thlr.); im J. 1847 auf 27,555,979 Thlr. (Eingangszoll 26,292,792 Thlr., Ausgangszoll 810,554 Thlr., Durchgangszoll 452,696 Thlr.), endlich 1846, wo wir den Ertrag mit dem österreichischen zusammenhalten, auf 26,571,311 Thlr., was bei einer Bevölkerung von 28,442,605 Menschen 25 Sgr. pro Kopf, also den doppelten Betrag ergiebt (im norddeutschen Steuerverein stellt sich das Verhältniß noch günstiger, nämlich 32 Sgr. und in Schleswig-Holstein 33 Sgr. pro Kopf). Und nach Abzug der für gemeinschaftliche Rechnung erfolgten Ausgaben betrug 1846 der zur Vertheilung übrig bleibende Ueberschuß der Einnahme 24,108,776 Thlr., also doppelt so viel als im Entstehungsjahre des Zollvereins 1834, wo die Brutto-Einnahme 14,515,722 Thlr., der Ueberschuß 12,178,761 Thlr. (15 Sgr. pro Kopf der Bevölkerung) ergeben hatte. Wenn man zu jenen 17,000,000 G. Zolleinnahme den Ertrag der Zwischenzölle von Ungarn mit etwa 4,000,000 G. und den Ertrag des Tabaksmonopols mit 12,000,000 G. jährlich rechnet, was zusammen 33,000,000 G. giebt und davon die im Durchschnitt jährlich mit 7,713,847 G. zu veranschlagenden Erhebungskosten in Abzug bringt, so bleibt ein Reinertrag von ungefähr 25,000,000 G. übrig. Nach der Berechnung der Denkschrift des böhmischen Gewerbevereins über den Anschluß Oesterreichs an den deutschen Zollverein, welche auf Anfrage des österreichischen Ministeriums für Ackerbau, Gewerbe und Handel vom 25. Juli 1848 erschien und welche im Uebrigen sich keineswegs günstig über den Anschluß ausspricht, würde die muthmaßliche jährliche Mehreinnahme Oesterreichs, wenn es in den Zollverein träte, 3,619,719 G. betragen, wonach sich auch von fiskalischer Seite die Frage des Anschlusses günstig für Oesterreich stellt, wenn auch vielleicht, in der ersten Zeit Ausfälle in der Einnahme zu gewärtigen sind. Die Summen, welche Oesterreich durch billigeren Bezug der Rohstoffe, auf welche doch die Zölle immer geschlagen werden, durch Befreiung von Durchgangszöllen, durch Gleichstellung in Lager-, Lade- und Hafengebühren gewinnen würde, sind hierbei nicht in Anschlag gebracht. Es ist hier auch der glänzende Erfolg, welchen wie wir früher schon erwähnten, die Herabsetzung der Eingangszölle für Baumwollengarne, rohe Baumwolle und Kaffee für die Zolleinnahme selbst hatte, in Erinnerung zu bringen. Die Ermäßigung des Zolles für feines und ordinäres Papier und für Lederwaaren hat gleichfalls gute Früchte für die österreichischen Finanzen getragen, und man wird nach diesen mit Erfahrungen belegten Beispielen wenigstens vorläufig für denkbar halten, daß auch bei vielen andern, bisher mit Prohibitivzöllen belegten Waaren eine Zollmilderung geradezu eine Vermehrung des Zollertrages zu Wege bringen würde.

Nach Anführung dieser allgemeinen Verhältnisse bleibt eine Zusammenstellung der einzelnen Produkten- und Waarengattungen im Verkehre Oesterreichs und des Zollvereins nothwendig, welche wir uns in der nächsten Zukunft zu geben vorbehalten.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

I. Kammer. 62. Sitzung vom 2. Novbr.

Präsident: v. Auerswald.
Eröffnung $11^{1}/_{4}$ Uhr.

Am Ministertische: Graf v. Brandenburg, von Strotha, Simons.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Den Abgeordneten Eichmann, Gr. v. Schweinitz wird der erbetene Urlaub bewilligt.

Nach einer Mittheilung des Ministers des Innern, welcher verhindert ist, heute in der Kammer zu erscheinen, wird der geh. Regierungsrath Schellwitz der heutigen Sitzung beiwohnen.

Die Kammer tritt dem Antrage des Abg. Diergardt bei:

> daß eine Kommission ernannt werde, welche die durch den holländisch-belgischen Handelsvertrag vom 29. Juli 1846 den diesseitigen Gewerben und der Landwirthschaft zugefügten Nachtheile zu untersuchen und geeignete Vorschläge zur Beseitigung derselben zu machen habe.

Auf der Tagesordnung ist der Bericht des Centralausschusses für Revision der Verfassungsurkunde über Tit II. Art. 24 bis 31 mit Bezug auf die Beschlüsse der zweiten Kammer.

Der Bericht wird vom Abg. Bergmann verlesen und die Kammer tritt durchgehends den Beschlüssen der zweiten Kammer bei.

Es folgt ein Bericht des Centralausschusses über Art. 32 bis 37 der Verfassungsurkunde mit Bezug

auf die Beschlüsse der zweiten Kammer. Derselbe wird von dem Abg. v. Brandt verlesen.

Der Minister v. Ladenberg ist während der Verlesung des Berichts eingetreten.

Abg. Kisker erklärt sich gegen die von der zweiten Kammer beliebte Fassung des Art. 34.

Der Justizminister und der Kriegsminister empfehlen dieselbe zur Annahme.

Abg. Wachler ist für die von der zweiten Kammer beschlossene Fassung des Art. 38 (ursprünglich Art. 35) und wünscht daraus nur die Worte „durch Gemeindebeschluß" entfernt.

Die Kammer tritt durchgehends den Beschlüssen der zweiten Kammer bei.

Auf der Tagesordnung ist nunmehr der Bericht der Kommission zur Prüfung der Verordnung vom 23sten Mai 1849, betreffend die Aufforderung von Personen des Soldatenstandes zum Ungehorsam. Der Bericht wird vom Abg. Heine verlesen. Die Kommission trägt darauf an:

Die hohe Kammer wolle

1) die Nothwendigkeit und Dringlichkeit des Erlasses der vorläufigen Verordnung vom 23. Mai d. J. anerkennen;
2) die Erklärung darüber, ob der vorläufigen Verordnung vom 23. Mai d. J. die Genehmigung zu ertheilen, vorbehalten;
3) dem von der zweiten Kammer hinsichtlich der Aufforderung von Personen des Soldatenstandes zum Ungehorsam vorgeschlagenen neuen Gesetze in nachstehender Fassung:

„Wer eine Person des Soldatenstandes, es sei der Linie oder Landwehr dazu auffordert oder anreizt, dem Befehle des Obern nicht Gehorsam zu leisten, wer insbesondere eine Person, welche zum Beurlaubtenstande gehört, dazu auffordert oder anreizt, der Einberufungsordre nicht zu folgen, wird mit Gefängniß von sechs Wochen bis zu zwei Jahren bestraft.

Diese Bestimmung findet Anwendung, die Aufforderung oder Anreizung mag durch Wort oder Schrift, oder durch irgend ein anderes Mittel geschehen, sie mag von Erfolg gewesen sein oder nicht. Vereinigt die Aufforderung oder Anreizung die Merkmale einer Handlung in sich, welche die Gesetze mit schwererer Strafe bedrohen, so wird diese allein verhängt.

Dieses Gesetz tritt in die Stelle der gleichnamigen Verordnung vom 23. Mai 1849."

die Zustimmung ertheilen.

Ein Verbesserungsantrag des Abg. Kisker, welcher das Strafminimum von 6 Wochen gestrichen wissen will, wird unterstützt.

Abg. Du Vignau (Thorn) ist für die Fassung der Kommission.

Abg. v. Olberg: Das Strafmaaß von 6 Wochen ist zu gering. Die Armee beruht auf dem Gehorsam, und wer an diesem rüttelt, der rüttelt an dem ganzen Organismus des Heeres; er ist ein Hochverräther und Meuterer. Hochverrath und Meuterei werden aber bereits durch das allgemeinen Landrecht viel schärfer geahndet. Ich kann mich daher nicht für ein geringeres Strafmaaß erklären und nur dem Antrage der Kommission beitreten.

Abg. Kisker begründet den von ihm gestellten Verbesserungsantrag.

Der Kriegsminister: Ueber die Gefahr, welche bei Anreizung zum Ungehorsam obwaltet, ist kein Zweifel. Ich kann mich daher dem Verbesserungsantrage nicht anschließen. Die Gefängnißstrafe verhält sich zu dem Mittelarrest wie 1 zu 2, zu dem strengen Arrest wie 1 zu 4, demnach würde ein strenger Arrest von 14 Tagen, welchen über einen Soldaten zu verhängen der Regiments-Kommandeur befugt ist, einer größeren als sechswöchentlichen Gefängnißstrafe gleich kommen.

Der Justizminister: Das Minimum von sechs Wochen ist deshalb festgestellt, damit durch die Strenge auf den Ernst dieser Vergehungen hingewiesen werde. Daß dies nothwendig ist, bedarf keiner Auseinandersetzung. Ich empfehle Ihnen die Annahme des Kommissionsantrages.

Abg. v. Bernuth erklärt sich gegen den Verbesserungsantrag des Abg. Kisker und für den Kommissionsantrag.

Der Verbesserungsantrag des Abg. Kisker wird abgelehnt, die Anträge der Kommission werden angenommen.

Abg. Kuh verliest den Bericht der Kommission zur Erwägung des Gesetzentwurfes, betreffend die Feststellung der bei Ablösung der Reallasten zu beachtenden Normal-Preise und Normal-Marktorte.

Die Kommission beantragt, der von der zweiten Kammer beliebten Fassung beizutreten mit Ausnahme von Lit. C. und D. des § 4, für welche sie folgende Fassung vorschlägt:

C. Bei festen, nicht in Körnern bestehenden Naturalabgaben.

Für feste, nicht in Körnern bestehende Natural-Abgaben, welche jährlich wiederkehren, jedoch mit Ausschluß der Abgaben an Wein, werden gleichfalls Normalpreise in Anwendung gebracht. Bei Feststellung derselben ist in der Regel auf die Preise, in den letzten zwanzig Jahren zu rücksichtigen, und in Ansehung solcher Gegenstände, deren Qualität eine verschiedene sein kann, von der Voraussetzung auszugehen, daß die Abgabe in der mittleren Qualität zu entrichten sei.

D. Bei anderen Abgaben und Leistugen.

Der Jahreswerth der Verpflichtung zur Ausfütterung von Vieh wird nach Normalpreisen festgestellt, die für jedes auszufütternde Stück Vieh nach § 2 und 3 zu bestimmen sind.

Abg. Menzel trägt darauf an, nach vorgängiger allgemeiner Diskussion über den Gesetzes-Vorschlag der zweiten Kammer im Ganzen abzustimmen. Die Kammer tritt diesem Antrage bei.

Zuerst wird über § 4 abgestimmt.

Abg. Graf Helldorf spricht sich für den Antrag der Kommission aus.

Die Abgeordneten Triest und v. Manteuffel für Annahme von lit. C. des Kommissions-Antrag s.

Der Regierungskommissarius: Ich empfehle der hohen Kammer, dem Beschlusse der zweiten Kammer beizutreten und so die Emanirung des Gesetzes zu beschleunigen. Die Annahme des Kommissions-Antrages würde die abermalige Zurückweisung an die zweite Kammer und eine unnöthige, ja schädliche Verzögerung zur Folge haben.

Abg. Graf Itzenplitz glaubt, daß die Verbesserung, welche die Kommission vorschlägt, den Nachtheil der veranlaßten Verzögerung aufwiegt.

§ 4 wird in der Fassung der zweiten Kammer angenommen. Ebenso der übrige Theil des Gesetz-Vorschlages. Dieser wird nunmehr der Staatsregierung zur weiteren Veranlassung vorgelegt werden.

Auf der Tagesordnung ist hierauf ein Bericht der Petitions-Kommission. Die Kammer tritt größtentheils den Vorschlägen der Kommission bei, welche entweder Uebergang zur Tagesordnung oder Verweisung an die betreffenden Ministerien und Kommissionen beantragt.

3¾ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr.

II. Kammer. 46. Sitzung vom 2. Novbr.
Präsident: Graf v. Schwerin.
Eröffnung 12½ Uhr.
Am Ministertische: v. Manteuffel, v. d. Heydt, v. Rabe.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Präsident theilt mit, daß im Liegnitzer Wahlbezirke in Stelle des zurückgetretenen Abgeordneten Scholz der Bürgermeister Wilde in die Kammer eingetreten ist, so wie, daß Urlaubsgesuche eingegangen sind, die bewilligt werden, und endlich, daß den Herrn Handelsminister als Regierungs-Kommissar der Geheimerath von Mellin assistiren und der Oberst v. Griesheim in gleicher Weise für den Kriegsminister heut in der Kammer fungiren werden.

Ueber die Wahlprüfungen aus der fünften und siebenten Abtheilung wird Bericht erstattet und die betreffenden Wahlen werden anerkannt.

Handelsminister: Ich habe der hohen Kammer zwei Gesetzvorlagen zu übergeben. Die erstere betrifft die Uebernahme einer Zinsgarantie für die Aachen-Düsseldorfer und Gladbacher Eisenbahnen. Die Gesellschaft zum Bau der ersteren Eisenbahn wurde 1846 konzessionirt, die für die andere Bahn unterm 8. Januar 1847. Jene erstere Gesellschaft gerieth in Streit mit den Aktionären, der keine befriedigende Erledigung fand, daher die Gesellschaft sich an die Regierung mit dem Gesuche, entweder um Uebernahme der Bahn oder um Zinsgarantie wendete. Es wurden 3½ pCt. Zinsen von den Unternehmern in Aussicht gestellt, und die Regierung hat sich, auf eine Garantie eingehend, ¼ der Ueberschüsse und das Ankaufsrecht der Bahn vorbehalten. Es sind die Ausgaben der Aachen-Düsseldorfer Bahn auf 4 Mill. und die der Gladbacher Bahn auf 1½ Mill. Thaler angegeben worden, doch glaube ich, daß sie höher steigen werden.

Die zweite Gesetzes-Vorlage enthält einen Entwurf zur Erledigung der Briefporto-Angelegenheit. Die in dieser Sache im Jahre 1824 erlassenen Gesetze haben bisher manche Veränderung erlitten, namentlich noch im vorigen Jahre über das Porto für Geldsendungen, das keine weitere Ermäßigung jetzt nothwendig macht. Wohl aber stellt sich das als ein allgemeines Bedürfniß für alle anderen Briefe heraus. Die Regierung hat hierbei der Porto-Ermäßigung in anderen Staaten sich erinnert, und auch in Deutschland ist solche Ermäßigung überall als nöthig anerkannt, und von hier mit mehreren deutschen Staaten Unterhandlungen in der Sache angeknüpft worden. Im Laufe dieses Jahres wurden mit mehreren deutschen Regierungen die erforderlichen Konventionen abgeschlossen. **Nach diesen wird das Porto für einen einfachen Brief bis auf 10 Meilen 1 Sgr., bis 20 Meilen 2 Sgr. und für jede größere Entfernung 3 Sgr. betragen. Bei Packeten zahlt ein Loth einfaches Porto und jedes Loth mehr auch immer einen Silbergroschen mehr.**

Man kann in den Portobestimmungen nach einem einzigen, aber auch nach verschiedenen Sätzen in Bezug auf Entfernung und Gewicht verfahren. Nach ersterem Verfahren würden nahe gelegene Orte benachtheiligt, in Bezug auf größere Entfernungen aber die Postkasse zu sehr leiden.

Die Aufhebung des Bestellgeldes habe ich nicht bevorworten können, und wird es damit wie bisher gehalten werden.

Präsident erklärt, unter Zustimmung der hohen Kammer, beide Gesetzes-Vorlagen der Kommission für Finanzen und Zölle zu übergeben.

Es wird zur Tagesordnung, der Diskussion über die Gesetzes-Vorlage über den Bau der Ostbahn, der westphälischen und der Saarbrücker Eisenbahn, übergegangen.

Der Präsident ersucht die Versammlung, sich bei der allgemeinen Debatte nur an das Prinzip zu halten, ob es vortheilhaft sei, daß der Bau einer Eisenbahn vom Staate übernommen werde oder nicht.

Verschiedene Amendements zu dem Kommissions-Antrage werden verlesen; unterstützt werden davon:

1) ein Amendement des Abg. Hirsch, dahin lautend: Die hohe Kammer wolle beschließen, zu § 1 des Gesetzentwurfs noch hinzuzusetzen: „4) den Bau einer Eisenbahn von Posen nach Breslau über Lissa u. s. w. auf Kosten des Staats auszuführen" und dann in § 2 im 1. Alinea statt 33 Millionen: 37 Millionen Thaler, so wie im 2. Alinea desselben Paragraphen statt 21 Millionen: 25 Millionen Thaler zu setzen.
2) Vom Abg. Simson: die Beschlußnahme über diesen Entwurf so lange auszusetzen, bis die Seite 24 des Kommissionsberichts erwähnten Vorlagen des Ministeriums erfolgt seien.
3) Vom Abg. Beckerath: im 2. Alinea des § 2 hinter den Worten „zu amortisirende Staats-Anleihe" die Worte einzuschalten: „in der Form von Staats-Eisenbahnobligationen."
4) Vom Abg. v. Jakoczewinsky: Zu § 1 hinzuzufügen: „Jedoch darf die etatsmäßige Einnahme der Eisenbahnfonds zunächst nur für den Bau der Ostbahn angewendet werden."

Die allgemeine Debatte beginnt.

Abg. v. Werdeck: Es handelt sich hier um den ersten Fall, wo die Rechte angewendet werden sollen, welche der Kammer in Betreff des Staatshaushaltes zustehen, und ich bin daher der Meinung, daß wir zunächst die Prinzipien aufstellen müssen, nach denen wir hier handeln wollen. Es fragt sich, ob es rathsam ist, der Regierung in staatswirthschaftlicher Beziehung eine noch größere Gewalt in die Hände zu liefern, und so auf — Centralisation hinzuarbeiten?

Fragen wir, worauf beruht die Freiheit? Nicht auf Klauseln der Verfassung, sondern auf der freien Bewegung aller Staatsmitglieder. Ich bin daher dafür, daß der Staat nicht den Bau der Eisenbahnen gänzlich in seine Hände bekomme und dieser Industriezweig den Händen der Privaten nicht entrissen werde.

Es ist sehr bedenklich, die Centralisation in der Hand der Regierung zu vermehren, und zumal dann, wenn man darum noch Schulden machen will. Die preußischen Finanzen sind zwar in besserem Zustande, als die der meisten anderen Länder, aber gleichwohl werden wir viele Stimmen gegen uns aufrufen, wenn wir neue Schulden auf unsere Schultern laden.

Dem ungeachtet glaube ich dem Gesetzentwurf nicht unbedingt widersprechen zu dürfen, denn wo der Verkehr vermehrt wird, ist das so gut, als eine friedliche Eroberung, und es handelt sich hier um die Heranziehung eines Bruderstammes, der durch die Eifersucht eines Nachbars von uns abgeschnitten ist. Es ist eine Eisenbahnlinie nach Königsberg vorgeschlagen über Dirschau u. s. w., doch wenn es auch bedeutende Hindernisse haben mag, diese Strecke zu wählen, so bin ich doch nicht dagegen, nur bin ich der Meinung, daß die Brücke von Dirschau, welche viele Schwierigkeiten machen wird, vor der Hand nicht ausgeführt werden möge, denn man hat ja auch noch vermieden, über den Rhein eine Brücke zu schlagen.

In dieselbe Kategorie gehört die Zweigbahn nach Danzig, so wie auch die westphälische und Saarbrücker Bahn. Diese eben mögen den Privaten überlassen bleiben. Es wäre überhaupt zu wünschen, daß die Regierung nur diejenigen Strecken bauen möge, welche wenig rentabel sind, aber eben deshalb auch im Interesse des Verkehrs gebaut werden müssen, und dahin gehören die Strecken von Driesen nach Dirschau, und von Dirschau nach Königsberg. Für alle anderen Eisenbahnen werde ich aber keinen Deut bewilligen.

Abg. Riedel: Ich gehe von entgegengesetzten Grundsätzen aus, als der vorige Redner so eben vor Ihnen ausgesprochen hat. Ich glaube, daß durch Centralisation und dadurch, daß der Staat die Eisenbahnen in die Hände bekommt, der Verkehr und der Fleiß der Privaten keinesweges gehemmt werde. Vielmehr halte ich die Uebernahme der Eisenbahnen durch den Staat gerade für das beste Mittel, den Verkehr zu seiner vollen Blüthe zu bringen. Ich rede für den Kommissions-Entwurf, weil dadurch eben der Anfang gemacht ist, die Eisenbahnen wirklich zu gemeinnützigen Anstalten zu machen, denn nur dadurch kann eine vernünftige Regulirung des Eisenbahnnetzes möglich werden. Der vorige Redner hat verlangt, daß der Staat nur die Bahnstrecken übernehmen solle, welche wegen geringer Rentabilität von Privaten nicht gebaut würden, aber eine solche Forderung kann vernünftiger Weise an den Staat nicht gemacht werden.

Gerade die gegenwärtige Zeit, die in kriegerischer und merkantilischer Hinsicht so viele Anstrengungen er-

fordert, erfordert zugleich damit die Vervollkommnung des Eisenbahnnetzes. Diese läßt sich aber nur von einem Standpunkte aus erreichen, wo man das Allgemeine vor Augen hat, und nicht bloß nach der Nützlichkeit einzelner Bauprojekte zu fragen im Stande ist. So lange die Eisenbahnen nur von einzelnen Privatgesellschaften gebaut werden, ist aber an keine vernünftige, allgemeine Regulirung zu denken. Soll das Institut der Eisenbahnen ein wirklich gemeinnütziges werden, so kann das nur geschehen, wenn sie aufhören, **Gegenstände** der Industrie zu sein, und anfangen, **Mittel** derselben zu werden. Sie müssen daher aus den Händen der Spekulanten genommen werden und als Eigenthum des Staats nur zu den Zwecken des allgemeinen Verkehrs verwendet werden. So lange 20—30 Direktionen, getrennt von einander, die Eisenbahnen in Händen haben, muß jede systematische Organisation des Eisenbahnwesens scheitern, denn jede Direktion ist gezwungen, nur das Interesse ihrer Aktionaire im Auge zu haben. Dazu kommt, daß nur dann, wenn der Staat Eigenthümer der Eisenbahnen ist, es möglich wird, entweder die Fahr- und Transportpreise zu ermäßigen oder doch die nothwendige Gleichstellung der Preise zu bewerkstelligen, während jetzt eben nach der größeren oder geringeren Rentabilität der Bahnen auch die Preise die verschiedensten sind. Sind aber die Eisenbahnen gezwungen, hohe Transportsätze zu machen, so nützen sie so gut wie gar nichts. Die Größe des Verkehrs wird nur dann erweitert, wenn billige Transportpreise gelten, und die Rentabilität einer Bahn steht jetzt oft in umgekehrtem Verhältnisse zu dem Verkehr, den sie befördert. Der Verkehr kann nur dann durch die Eisenbahnen wahrhaft und gleichmäßig gefördert werden, wenn sie von dem Staat als Eigenthum erworben und zum gemeinsamen Nutzen verwaltet werden.

Was aber die finanziellen Opfer betrifft, welche man befürchten könnte, so hätte der Staat vielleicht auch nicht einmal diese zu bringen, denn durch den Besitz der Eisenbahnen würden ja auch die Einkünfte des Staates wiederum erhöht werden, und dazu ist noch zu beobachten, daß auf der anderen Seite dadurch, daß der Staat die Eisenbahn-Aktien in Staatsschuldscheine verwandeln, das Schwanken der Courspreise von Eisenbahnpapieren vermindern, und das Vermögen von einem großen Theile der Nation gesichert werden würde, welches jetzt jedem Wechsel in der politischen und gewerblichen Welt ausgesetzt ist.

Man wende aber auch nicht ein, daß die Aktionäre an den Staat bei der Erwerbung der Eisenbahnen gar zu übertriebene Forderungen stellen würden. Wer die Stimmung der Börsen von ganz Europa beobachtet hat, wird finden, daß dieses nicht zu befürchten steht. Die traurigen Erfahrungen der letzten Jahre lassen jeden Aktionär wünschen, für seine Kapitalien eine sichere Garantie vom Staate selbst übernommen zu sehen, und darum würden sie ihre Forderungen gewiß nicht zu hoch hinauf treiben.

Wenn es nun aber doch nicht zu leugnen ist, daß der Staat dadurch in bedeutende Verschuldung gerathen wird, so werden die Aktiva des Staates ja zugleich mit den durch den Ankauf entstehenden Passivis wachsen, und die Uebernahme einer solchen produktiven Schuld vermindert nicht, sondern vermehrt vielmehr das National-Vermögen, verstärkt vielmehr den National-Kredit. Der Redner ist daher der Meinung, daß alle jene Bedenken, welche gegen den Gesetz-Entwurf gemacht wurden, nicht nur nicht begründet sein, sondern, daß die Kammer diesen Vorschlag vielmehr als ein für das ganze Land wohlthätiges Ereigniß betrachten müsse.

Minister v. d. Heydt: Es liege hier nur die Frage vor, ob, nachdem die Privatindustrie vom Eisenbahnbau sich zurückgezogen habe, die Staats-Regierung im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt zum Bau der in Frage stehenden Bahnen schreiten müsse. Er meine, daß es sich nicht um die Frage der Erwerbung und Uebernahme aller Eisenbahnen des Landes handle. Die Regierung beschränke sich im Gegentheil für jetzt auf ein gewisses Maaß. Weitere Anlagen, sowie Erwerbungen von Bahnen würden von der Regierung für jetzt nicht beabsichtigt.

Winzler: Während eine Steuerverminderung wünschenswerth erscheine, schreite man im jetzigen Augenblick zu einer neuen Anleihe; er halte die Bahnen nicht für momentan durchaus nothwendig, man brauche Geld zu wichtigern Dingen.

v. Bodelschwingh (Hagen): Der Bau der Ostbahn sei eine alte Verpflichtung gegen die Provinz Preußen; die Bewohner der Provinz waren theilweise schuld, daß der Bau noch nicht erfolgt sei. Die Saarbrücker Bahn würde jeder Privatmann bauen, der Geld oder Kredit genug besäße, wenn er an ihrer Entstehung ein so großes Interesse habe, als in diesem Falle der Staat, der Bergwerke in jener Gegend besäße, die jetzt einen Ertrag von 4—500,000 Rtl. abwürfen und dieser Ertrag sich im Laufe von 25 Jahren verdoppeln würde, wenn die Saarbrücker Eisenbahn fertig sein werde. Zu der westfälischen Bahn, die auch ihre Vortheile habe, habe der hochselige König schon 1 Million aus Privatmitteln geschenkt; es sei gewissermaßen eine Pflicht der Pietät, diese Eisenbahn auszuführen. — Den Grundsatz, den die Kommission aufstelle, daß die Acquisition aller Eisenbahnen Seitens des Staats wünschenswerth sei, erkenne er nicht an. Er sei, nachdem der Handelsminister sich ausgesprochen, überzeugt, daß die Regierung nicht zu einer Acquisition aller Eisenbahnen schreiten werde. — England, dem man doch gewiß ein Verkennen seiner Handels- und Verkehrs-Interessen nicht vorwerfen könne, habe den Eisenbahnbau ausschließlich der Privat-Industrie überlassen. Es könnten möglicherweise Verhältnisse eintreten, in denen eine Erwerbung aller Eisenbahnen durch den Staat wünschenswerth erschiene, aber einen solchen Grundsatz aufzustellen, halte er für irrig. Er hätte übrigens gewünscht, daß das Gouvernement den Bau der westfälischen Bahn nicht eher begonnen hätte, als es die Zustimmung der Volksvertretung erhalten habe; er wolle übrigens, da er nicht wisse, ob nicht außerordentliche Umstände das Ministerium dazu veranlaßt hätten, der Regierung damit keinen bestimmten Vorwurf machen. (Bravo!)

Simson übernimmt an Schwerins Stelle den Vorsitz.

Ohm erklärt sich gegen den Kommissions-Antrag, er ist namentlich gegen eine neue Anleihe. Die Ereignisse des vorigen Jahres hält er zum Theil durch die finanzielle Lage des Landes begründet. Die baldige Herstellung der Ostbahn sei allerdings wünschenswerth, indessen dürfe man das Land deshalb nicht einer möglichen Kalamität aussetzen. Für den Fall einer Anleihe erklärt er sich für Creirung von Papiergeld.

Wegner spricht unter geringer Aufmerksamkeit der Versammlung für die Kommission.

Hirsch für Erweiterung der Kommissions-Vorschlages. Er will auch eine Bahn zwischen Breslau und Posen.

Minister v. d. Heydt: **Auch die Regierung sei von der Wichtigkeit dieser Bahn überzeugt, sie hatte Verhaudlungen angeknüpft und durfte hoffen die Bahn unter der Gewährung einer Zinsgarantie Seitens des Staats durch die Privatindustrie entstehen zu sehen. Sollte die Privatindustrie die Bahn zwischen Breslau und Posen nicht hervorrufen, so werde die Regierung, die die Wichtigkeit derselben nicht unterschätze, zum Bau dieser Bahn schreiten müssen.**

Ein wiederholter Antrag auf Schluß wird ohne Diskussion wiederholt verworfen.

Scheerer behauptet der Staat müsse die Initiative ergreifen, nur der Staat könne die Eisenbahnen für die allgemeine Wohlfahrt im höchsten Grade nützlich verwalten. Wir lebten in andern Verhältnissen als sie in England beständen. Der Redner empfiehlt Staatsbahnen, schon ein solches Beamtenheer, wie das bei den Eisenbahnen, Privaten zu überlassen, sei gefährlich.

Ein dritter Antrag auf Schluß wird verworfen.

v. Auerswald: (gegen Bodelschwinghs Aeußerung: „die Bewohner der Provinz Preußen trügen die Schuld, wenn der Bau der Bahn verschoben worden sei.“) — Wenn hier den Bewohnern der Provinz die Schuld beigemessen worden sei wegen des noch nicht erfolgten Baues der Ostbahn, so müsse er erklären, daß seiner Ansicht nach nicht die Bewohner der Provinz, wohl aber der Finanzminister Preußens vom Jahre 1842 und der Landtags-Kommissar vom Jahre 1847 die Schuld trügen. (Bravo und Zischen.)

Endlich wird der Schluß der allgemeinen Diskussion beliebt.

Groddeck als Referent rekapitulirt die Debatte und behält sich vor bei der speziellen Diskussion die Kommission ausführlicher zu vertreten.

Ein Antrag auf Vertagung der speziellen Diskussion wird angenommen.

Graf Renard bringt noch den dringlichen Antrag ein, die Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß nicht wie bisher die Reihenfolge der Redner durch die Reihenfolge der Anmeldung bestimmt werde, sondern daß von jetzt ab das Loos die Reihenfolge feststelle. — Die Dringlichkeit des Antrags wird nicht ausreichend unterstützt, er kommt auf gewöhnlichem Wege zur Erörterung.

(Schluß $3\frac{3}{4}$ Uhr. Nächste Sitzung morgen 12 Uhr.)

Berlin, 2. November. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Obersten v. Schack Adjutanten des Prinzen Wilhelm von Preußen, königl. Hoheit, und dem Major Lindow vom Ingenieur-Korps den rothen Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife; dem Premier-Lieutenant Grafen v. d. Gröben, Adjutanten des Prinzen Wilhelm von Preußen, königl. Hoheit, den rothen Adlerorden 4. Klasse mit Schwertern; dem Major v. Katte, aggregirt dem 3. Ulanen-Regiment, Platzmajor in Mainz, und dem Hauptmann v. Korth des 34. Infanterie-Regiments (2. Reserve-Regiments) den rothen Adlerorden 4. Klasse zu verleihen.

Die heute ausgegebene Nr. 37 der Gesetz-Sammlung enthält das Gesetz, betreffend die Aussetzung der Errichtung und Umformung der Bürgerwehren. Vom 24. Oktober 1849.

Wir **Friedrich Wilhelm** von Gottes Gnaden, König von Preußen 2c. 2c. verordnen für den ganzen Umfang der Monarchie unter Zustimmung der Kammern, was folgt: § 1. Die Errichtung und Umformung der Bürgerwehren nach dem Gesetze vom 17. Oktober 1848 ist so lange auszusetzen, bis dasselbe auf Grund der revidirten Verfassung und nach Erlaß der neuen Gemeinde-Ordnung einer Revision unterworfen worden ist. — § 2. Die zur Ausrüstung der Bürgerwehren vom Staate verabreichten Waffen sind demselben zurück zu geben. — Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insiegel. — Gegeben Sanssouci, den 24. Oktober 1849. — (L. S.) **Friedrich Wilhelm.** Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons. v. Schleinitz.

═ **Berlin**, 3. November. [Die in Aussicht gestellte Trennung Baierns und Württemberg vom deutschen Zollverein.] Das von dem engeren Ausschuß des allgemeinen deutschen Vereins zum Schutz der vaterländischen Arbeit, herausgegebene Vereinsblatt für deutsche Arbeit bringt in seiner jüngsten Nummer einen Artikel über die in Aussicht gestellte Trennung Württembergs und Baierns vom deutschen Zollverein. Die mit tiefer Sachkenntniß aufgestellten Gründe gegen diese Trennung sind schlagend, der ganze Artikel ist aber zu umfangreich, als daß wir ihn hier wiedergeben könnten. Wir beschränken uns deshalb darauf, das Wesentlichste im Auszuge folgen zu lassen. Der Verfasser stellt nicht in Abrede, daß der Schein einer Uebervortheilung Süddeutschlands im Zollvereine bestehen möge; in Wirklichkeit aber sei der Aktivverkehr des Südens nach dem Norden, dem des Nordens nach dem Süden völlig gleich; was auf der einen Seite an Manufakturwaaren mehr abgesetzt würde, das werde durch größere Lieferungen von Rohstoffen und anderweitigen Gewerbserzeugnissen von der anderen Seite aufgewogen. Dies gehe u. A. auch aus der Thatsache hervor, daß eher norddeutsche Kapitalien nach Süddeutschland, als umgekehrt süddeutsche nach dem Norden gewandert seien. Eine neue Zollgrenze ins Herz von Deutschland gelegt, würde hüben und drüben gleich nachtheilig wirken; was der eine Gewerbszweig im Süden etwa gewinnen könnte, müßte der andere verlieren; der mögliche Zuwachs der süddeutschen Tuchfabrikation z. B. würde an dem Verlust im Absatz von Nürnberger Waaren sein Aequivalent finden. Süddeutschland könne keinen Gewinn davon haben, wenn ein Dutzend neuer Etablissements in sächsischen und Elberfelder Manufaktur-Waaren mit dem Verlust seines Wein-, Tabak- oder Bijouterie-Exports nach Norddeutschland erkauft werden müßte. Die handelspolitische Stellung der beiden süddeutschen Königreiche dem Auslande gegenüber setze sie außer Stand, sich auf ihre Produktivkräfte zu beschränken; eine gewisse Ausdehnung des Gebiets, der Wetteifer einer Summe gleichartiger treibender Kräfte und ein entsprechender innerer Markt seien außer einer zweckmäßigen Handelspolitik nothwendige Requisite für die Ausbildung der Erwerbszweige eines Landes. Der auf kleinem Gebiete beschränkte Schutzzoll erzeuge Monopole oder Schlendrian. Das Marktgebiet Württembergs und Baierns sei nicht groß genug, um an der Hand der Schutzzölle durch das Stadium der inneren Konkurrenz alle sonst natürlichen Produktionszweige bis zum höchsten Grade der Vollkommenheit zu entfalten. Bei der Innerlichkeit ferner, mit welcher das deutsche Volk die nationale Idee aufgefaßt habe, sei gar nicht zu erwarten, daß Unternehmer gewerblicher Etablissements der Abtrennung Süddeutschlands in Zoll und Handel dauernden Bestand beimessen werden. Kapitalien und Arbeitskräfte würden sich demnach schwerlich bereit finden, auf einen Zustand ihre Zukunft zu bauen, der den Stempel des transitorischen an der Stirn trüge. Wenn aber die Trennungslustigen etwa meinten, mit überseeischen Staaten Handelsverträge schließen zu können, so würden sie die Rechnung ohne den Wirth machen. Denn dazu fehlte es an der Zustimmung der Vorländer, durch welche ein baierisch-würtembergischer Zollverband den Weg zu nehmen hätte. Man denke vielleicht daran, gegen Begünstigung brasilianischer Colonialen auf dem süddeutschen Markte Brasilien zu bewegen Differenzialzölle zu Gunsten süddeutscher Manufaktur einzuführen. Ein starker Transitzoll von Seiten der unvermeidlichen Vorländer, werde diesen Plan zu nichte machen. Ein anderer wichtiger Grund gegen die Trennung sei die den beiden süddeutschen Königreichen aus dem Zollverein erwachsene Einnahmequelle. Die 5,395,110 Rtlr., welche Baiern und Württemberg im Jahre 1847 nach Abzug der Zollerhebungskosten an den Außengränzen netto erhoben hätten, werden schwer zu ersetzen sein. Zuerst würden mit geringen Ausnahmen alle nicht von überseeischen Consumtibilien erhobenen Zollerträge, nach Aufnahme eines Schutzsystems, wie es die Separatisten beabsichtigten, verschwinden. Die

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 258 der Breslauer Zeitung.

Sonntag den 4. November 1849.

(Fortsetzung.)

bisherigen Erträgnisse von Manufakturwaaren aller Art, landwirthschaftlichen und sonstigen Gewerbserzeugnissen, die im Zollverein 29 Prozent der Einnahme lieferten, würden demnach ausfallen. Dazu käme der Verlust bei der geringeren Consumtion transatlantischer Artikel, der nur um so größer werden könnte, als die Handelsbeziehungen für Gegenabsatz durch die Isolirung ungünstiger würden. Endlich kämen dazu die höheren Verwaltungs- und Erhebungskosten. Der baierisch-württembergische Zollverein habe im Jahr 1833 eine Grenzlänge von 398 Meilen gehabt. Nach den im Zollverein gemachten Erfahrungen würde die Bewachung und Kontrole derselben einen Aufwand von mindestens 800,000 Thalern machen, vorausgesetzt, daß bei einem höheren Schutzsysteme nicht eine stärkere und damit kostspieligere Bewachung nothwendig würde. Der Rest für die Staatskassen könnte schwerlich viel mehr als ein Drittel der jetzigen Einnahme betragen. — Wir unsererseits, so schließt der Artikel, sind hoch erfreut, das Gegengewicht gegen die Trennungsgelüste auf süddeutschem Boden selbst erstehen zu sehen. Wir haben nie geglaubt, daß die Verständigen der Wirklichkeit ein Experiment vorziehen könnten, dessen Erfolge wenigstens in einem grauen Nebel liegen, den keine Berechnung lichtet. Die materiellen Interessen werden, so hoffen wir und finden unsere Hoffnung heute bereits mehr gestützt als vor vier Wochen, die Zerreißung des Vaterlandes nicht herbeiführen, wohl aber der feste Kitt bleiben, wenn die politischen Wege auseinandergehen sollten.

□ **Berlin**, 2. Novbr. [Die Friedensunterhandlungen mit Dänemark.] Die Verhandlungen über den Frieden mit Dänemark werden in diesen Tagen beginnen, nachdem Graf Blome, der dänische Bevollmächtigte, hier angekommen. Es war ein Gegenstand vorläufiger Vereinigung zwischen Preußen u. Dänemark, daß die Unterhandlungen hier statt in London, wie anfänglich die Absicht war, geführt werden. Preußischer Seits ist bekanntlich Herr von Usedom, Gesandter am päpstlichen Hofe, ernannt. Nach den Aeußerungen, welche der dänische Minister über seine Mission machte, dürfte die gegründetste Hoffnung vorhanden sein, daß das wichtige Werk, die **Herstellung eines dauernden Friedens mit unseren nördlichen Nachbaren** bald erlangt werden wird, da man auch in Kopenhagen zu fühlen scheint, daß jede Blokkade der deutschen Häfen den Sundzollintraden einen Ausfall bereitet, der dem stets geldbedürftigen Dänemark um so schwerer wird, als die Mobilisirung der Flotte eine Menge Mittel absorbirt, für deren Ersatz beim Friedensschluß kein Aequivalent verlangt werden kann.

C. B. **Berlin**, 2. Nov. [Die Landrentenbanken. — Der ehemalige Konsistorial-Präsident Göschel. — Die Abgordneten Graf Arnim, Stahl, Keller, Riedel. — Vermischte Nachrichten.] Der Gesetzentwurf, welchen das Ministerium wegen **Errichtung von Landrentenbanken eingebracht hat, wird voraussichtlich wesentliche Modifikationen erfahren.** Wenigstens hat ein Antrag, welcher sehr wichtige Abänderungen in Vorschlag gebracht, die Unterstützung gerade derjenigen Mitglieder der zweiten Kammer gefunden, deren Urtheil in dieser Angelegenheit von nicht zu bezweifelnder Kompetenz ist und daher nicht verfehlen kann, bei der Plenarberathung den Ausschlag zu geben. Die Vorschläge, von Ellwanger, v. Patow, Ambronn, Breithaupt, von Kleist u. A. ausgehend, stellen den Grundsatz an die Spitze: daß die dem Fiskus zustehenden Renten nach denselben Grundsätzen, welche für die Privatberechtigten gelten, übernommen werden müssen; die fiskalischen Renten sollen durch Rentenbriefe litt. B., die der Privatberechtigten durch litt. A. abgefunden werden, und jene erst nach gänzlicher Amortisation der letzteren zur Tilgung kommen. Es ist berechnet, daß die für die Privatberechtigten auszufertigenden Rentenbriefe sich auf ungefähr 100 Millionen, die für den Fiskus auf etwa 66 Millionen belaufen würden. In 30—36 Jahren hofft man dann mit Hülfe der Ablösungs-Kapitalien für die dem Fiskus zustehenden Renten die Rentenbriefe litt. A. amortisiren zu können. Dagegen soll dem Berechtigten frei stehen, statt des 18fachen Baarbetrages, welchen die Verpflichteten nach dem Gesetzentwurf zu leisten haben, den 20fachen in Rentenbriefen zu verlangen. Der Staat würde für die angenommene Dauer von 56 Jahren einen Zuschuß von 45,000 Thalern jährlich zu leisten haben. Endlich wird vorgeschlagen, nur eine Landrentenbank in Berlin zu errichten und deren Geschäfte der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden zu übertragen, in den einzelnen Kreisen aber Rentenkassen einzurichten. Man will dadurch der Verschiedenheit der Course, welche die Errichtung der von der Regierung projektirten Provinzial-Banken zur Folge haben würde, begegnen. — Die Abgeordneten für die Kreise Ober- und Nieder-Barnim, welche auch die Städte Angermünde und Prenzlau vertreten, sind von ihren Kommittenten eingeladen, Rechenschaft über ihre bisherige Wirksamkeit in den Kammern zu geben, namentlich über ihr Verhalten in der Steuerbewilligungsfrage. Die Betheiligten haben sämmtlich eine hervorragende Stellung in dieser Frage eingenommen. Unter ihnen befinden sich Graf Arnim, Professor Stahl, Professor Keller, Professor Riedel ꝛc. — Der frühere Konsistorial-Präsident Dr. Göschel, einer der Beamten, die im März vorigen Jahres es mit ihrem Gewissen nicht zu vereinbaren vermochten, in ihrer amtlichen Stellung bei scheinbar völlig veränderten Regierungs- und Verwaltungs-Grundsätzen zu verbleiben, **hat es jetzt an der Zeit erachtet, über sein Ausscheiden öffentlich sich zu erklären.** Er will, daß sein Ausscheiden angesehen werde als „ein Zeugniß gegen die territorialistische Verwüstung der Landeskirche durch die Staatsregierung (Kultusministerium des Grafen Schwerin), wodurch der Staat selbst am meisten zerrüttet werden mußte.“ Seiner Publikation, die er „ein Wort für Freund und Feind“ nennt, fügt Göschel ein schon im vorigen Jahre in der N. Preuß. Zeitung veröffentlichtes Gutachten über Amtsniederlegungen „in der neuen gegen Gottes Ordnung (Römer 13, 2) veränderten Zeit.“ Das Resultat der in der bekannten scholastischen Manier des Votanten durchgeführten Entwickelung ist ein praktisch sehr wichtiges, und es wäre zu wünschen, daß die Gesinnungsgenossen des bibelfesten Rechtsgelehrten sich seine Meinung zu Herzen nähmen. Er hält ihnen vor, daß das Verbleiben im Amte bei einer gegen Gottes Ordnung veränderten Zeit eine Konzession an die Revolution erheische. „Die Fortsetzung des Amtes unter einer der Kopfzahl mehr oder weniger unterworfenen Regierung, — was ist sie anders als nothgedrungene Kondescendenz zu den revolutionären Neuerungen? Auch die reaktionärsten Beamten, welche unter den neuen revolutionären Regierungsformen im Dienste bleiben, müssen damit zunächst irgend welche Konzession an die Revolution machen, wie mannhaft sie auch sonst gegen alle weiteren Konzessionen kämpfen. Die Konzession wird auch so lange fortdauern, bis der letzte Rest der Revolution, bis aller moderne Pseudo-Konstitutionalismus durch die Reaktion gründlich überwunden ist.“ Unerbittlich gegen alle Zweckmäßigkeitsgründe weist der ehrenwerthe Mann, dem wir möglichst viele Nachahmer wünschen, selbst den Einwand ab, den ihm seine Partei entgegenstellte, daß diese nothgedrungene temporäre Konzession das einzige Mittel sei, um Staat und Regierung allmälig wieder von der Revolution zu befreien. Man müsse sich nicht „in die Zeit schicken,“ sondern „allein dem Herrn dienen, und dagegen die böse Zeit uns dienen lassen zum Besten. Röm. 12, 11. Eph. 5, 16. Kor. 4, 5.“ — Kurz vor Eröffnung der heutigen Sitzung der zweiten Kammer fand eine Konferenz zwischen den HH. Finanzminister v. Rabe, Vicepräsident Simson und Hrn. Alfred v. Auerswald statt. — Bei Gelegenheit einer Diskussion über die städtische Gas-Einrichtung und Erleuchtung in der gestrigen Versammlung der polytechnischen Gesellschaft wurde von wohlunterrichteter Seite die Mittheilung gemacht: daß die Stadt jährlich durch Defraudationen an Gas das enorme Quantum von 75 pCt. oder etwa 6 Millionen Kubikfuß Gas verliert. Die Defraudationen werden durch längeres Brennen, durch erweiterte Brenner und lange Flammen, ja selbst durch Anwendung des Gases zum Heizen und Kochen verübt. Es verdient dabei hervorgehoben zu werden, daß weder erweiterte Brenner, noch große Flammen ein besseres, intensives Licht geben können. — Aus Danzig will man die Nachricht erhalten haben, daß der auf dem Fort Weichselmünde detinirte frühere deutsch-katholische Agitator Dowiat Gelegenheit gefunden habe zu entkommen. — Durch unsern berühmten Operateur Langenbeck wurde gestern eine sehr merkwürdige Operation vollzogen. Der Patient, ein Knabe von vier Jahren, hatte einen Blasenstein von der Größe eines kleinen Hühnereies, von welchem ihn der geniale Operateur befreite. — Riesige Maueranschläge erheitern heute das Publikum. „Kladderadatsch“, der vielgewandte, der der Laune in allen Formen, als Journalist, als Bühnendichter, als Komponist u. s. w. Meister ist, hat auch die Kalenderform sich angeeignet und zeigt das Erscheinen eines Volkskalenders für 1850 an. Herausgeber ist der Begründer des Blattes mit dem unaussprechlichen Namen, der Dichter von „Berlin bei Nacht“, Herr Kalisch. Geniale Holzschnitte in großer Anzahl sind von Wilhelm Scholz gezeichnet. Wir wissen nicht, ob es eine Schmeichelei für den Berliner Humor oder für den litterarischen Geschmack unserer deutschen Brüder in Amerika ist, daß die deutsche Buchhandlung von Westermann in New-York bereits 300 Exemplare dieses Kalenders bestellt und bezahlt hat.

A. Z. C. **Berlin**, 2. Novbr. [Tagesbericht.] Die früher von uns erwähnten, beabsichtigten neuen Parteibildungen in der zweiten Kammer, scheinen noch immer zu keinem festen Resultat geführt zu haben. Insbesondere scheinen die früher gehegten Hoffnungen, daß ein Theil der Rechten oder des rechten Centrums — die Fraction der Stadt London — unter dem Abgeordneten Riedel zur Mielentz'schen Partei übergehen würden, sich nicht zu erfüllen. Dagegen ist aber eine andere Bildung im Werke, die wesentlich als Resultat der neueren Bewegungen in den Kammern anzusehen ist. Der Abg. Geppert für Berlin steht im Begriff ein Parteiprogramm für eine äußerste Rechte aufzustellen, an deren Spitze neben ihm die beiden Bodelschwingh's (für Hagen und Magdeburg) treten zu wollen scheinen. Die Rechte soll über diese Bildung sehr erfreut sein, weil sie dadurch derjenigen extremen Elemente entledigt zu werden hofft, mit welchen sie sich bisher nicht ohne Nachtheil für die Klarheit des eigenen Standpunktes, vermischt gesehen zu haben behauptet. — Die Partei, welche in den Kammern für eine erbliche Pairie kämpft, scheint ihre Hoffnungen trotz der in beiden Kammern sehr ungünstig ausgefallenen Beschlüsse durchaus noch nicht aufgegeben zu haben. So hat man so eben erst die von dem Abg. Prof. Keller, einem Mitgliede dieser Partei, über jenen Gegenstand verfaßten und zuerst in der deutschen Reform publicirten Artikel, unter dem neuen Titel: „Die Zusammensetzung der ersten Kammer“ abdrucken und an sämmtliche Abgeordnete vertheilen lassen. Es waren diese Artikel ursprünglich darauf berechnet, ein später von Hrn. Keller für die erbliche Pairie in der zweiten Kammer eingebrachtes Amendement vorzubereiten. Dasselbe fiel gleichwohl mit einigen 70 Stimmen durch. Der nächste Plan scheint nun der zu sein, die Frage in der ersten Kammer, wo sie wegen der neuen Beschlüsse der zweiten demnächst abermals zur Sprache kommen muß, wenigstens so zu wenden, daß sich bei einer abermaligen Abstimmung, eine, wenn auch nur kleine Majorität für eine erbliche Pairie erklärt. Gelingt dies, so hofft man eine Rückwirkung auf die zweite Kammer und stützt sich eventuell auf den Entschluß der Hofpartei. Jedenfalls wird Zeit und damit, wenn nicht Alles, doch Vieles gewonnen. — Eine große politische Bedeutung wird der vorgestern hier erfolgten Ankunft des Prinzen Friedrich Wilhelm von Hessen aus Kopenhagen beigelegt. Derselbe ist bekanntlich der präsumtive Thronfolger in Kurhessen und auch in Dänemark. In seiner Begleitung befindet sich der dänische Hofjägermeister Baron v. Blixen-Finecke als sein Kammerherr. — Der Appellations-Senat des Kammergerichts hat in diesen Tagen definitiv über den großen gegen die Steuerverweigerer der vertagten Nationalversammlung anzustellenden Prozeß entschieden. Es ist das Prinzip festgehalten, nur diejenigen zur Untersuchung zu ziehen, welche den am 15. Oktober v. J. gefaßten Beschluß der Steuer-Verweigerung in ihren Wahlkreisen thatsächlich zur Ausführung zu bringen suchten. Demnach werden nun einige zwanzig in Anklagestand versetzt werden, darunter die Abgeordneten Bauer aus Krotoschin, Ziegler aus Brandenburg, Bucher aus Stolpe, Pillet ꝛc. Zu den von der Anklage entbundenen gehören Schramm aus Langensalza, Gladbach, Plönnies, Otto von Trier, Blömer u. A. — Wie wunderbar der Umschwung der Meinungen in politischen Dingen wirkt, zeigt sich jetzt wieder an dem Hauptsymbol unserer Revolution, dem Friedrichshain. Bekanntlich liegen dort die gefallenen Märzkämpfer begraben. Wer erinnerte sich nicht des grandiösen Comitats, mit welchem sie einst beerdigt wurden, wer nicht der späteren Wallfahrten, die zu ihrer Stelle, als einem Heiligthum stattfanden?! Jetzt hat man eine besondere Kommission eingesetzt, um die Gräber wenigstens vor Verstümmelungen zu sichern. — Alexander v. Humboldt's Werk, Ansichten der Natur, welches erst kürzlich in einer dritten Auflage erschien, ist bereits vergriffen. — Man erzählte heute an der Börse, daß nach auswärtigen Briefen, die englische Flotte auf der Höhe der Insel Aegina gesehen worden sei, und sich nach Smyrna und den Dardanellen zu bewegt habe. — Die Constitutionelle Correspondenz vom heutigen Tage enthält folgenden in ihren Spalten doppelt pikanten Artikel: In der Kommission der baierschen zweiten Kammer für die deutschen Angelegenheiten war es nahe daran, daß eine dem Ministerium ungünstige Spaltung sich geltend gemacht hätte. Die Hauptführer in dieser Kommission wollten namentlich wegen des Beitritts zu dem Interim eine leb-

hafte Opposition gegen das Ministerium ergreifen. Da erscheint plötzlich in ihrer Mitte Herr v. d. Pfordten und erklärt, daß er bei dem leisesten Oppositionsversuche seine Entlassung nehmen, und dem König die Führer einer solchen Opposition zu Nachfolgern vorschlagen werde. Davor schreckten jedoch diese Herren selbst zurück, und so war durch diese geschickte Ueberrumpelung der Friede wiederhergestellt, und die Kommission denkt nicht mehr daran, um der deutschen Einheit willen sich mit Herrn von der Pfordten entzweien zu wollen. — Gestern Abend wurde der siebente größere Volksverein im Eldorado aufgelöst, weil ein Mitglied die Bergpredigt von Titus Ulrich vorlas. Die Versammlung zerstreute sich diesmal gegen sonstige Gewohnheiten, ziemlich tumultuarisch. — Die Verhandlungen in der zweiten Kammer waren ziemlich unintereſſant und vom Publikum überaus spärlich besucht. Die Kammer zeigte große Unaufmerksamkeit und nur bei dem kleinen Renkontre zwischen Auerswald und v. Bodelschwingh einige Bewegung. Das Eisenbahngesetz gilt als angenommen. — Am Schluß unserer heutigen Korrespondenz geht uns folgendes amtliches Schreiben zu: Der in Nr. 247 der Allg. Ztg. Correspondenz enthaltene Artikel, Inhalts dessen „sämmtliche Tabagisten und Schankwirthe zweiter Klasse durch polizeiliche Beamte angewiesen worden seien, ihr Lokal um 10 Uhr zu schließen," ist völlig unbegründet. Die Redaktion der A. Z. C. wird mit Bezug auf § 7 der Verordnung vom 30. Juni d. J. veranlaßt, diese Berichtigung in das nächste Blatt der Korrespondenz aufzunehmen. Berlin, den 2. November 1849. Königl. Polizei-Präsidium. gez. v. Hinkelden.

Se. Maj. der König besuchte gestern Morgen zwischen 8 und 9 Uhr, in Begleitung des Vice-Ceremonienmeisters Freiherrn von Stillfried, die zum Besten verwundeter vaterländischer Krieger und anderer patriotischer Zwecke im Lokal des Kunstvereins ausgestellten Bilder, verweilte dort beinahe eine Stunde und sprach sich gegen den jungen talentvollen Künstler, welcher die Ehre hatte, Sr. Maj. die nöthigen Erläuterungen zu geben, höchst beifällig über dessen Leistungen aus. — **Eine Verständigung zwischen den beiden Kammern** hinsichtlich des Art. 108 wird angebahnt, es haben Besprechungen und Annäherungen der verschiedenen Fraktionen der Kammern in sich und zu einander hinüber stattgefunden, und es steht sicher zu erwarten, daß, sobald sich hier ein Resultat herausstellt, auch seinerseits das Ministerium mit bestimmten Vorschlägen nicht zurückbleiben werde. — **Am 20. November sollen die Wahlen für den deutschen Reichstag stattfinden. Ein von dem Minister des Innern, Herrn von Manteuffel, ausgearbeitetes Wahlgesetz wird, wie wir vernehmen, morgen dem Staatsministerium zur Berathung und Genehmigung vorgelegt werden.** Daß das Ministerium einen noch näheren Termin bestimmt, als im Verwaltungsrath beantragt worden war, läßt deutlich erkennen, daß dasselbe mit Eifer und Energie sich der deutschen Sache widmet, um die Deutschland gegebenen Verheißungen wahr zu machen. (Voß. Z.)

Nachdem die Zahl der Flüchtlinge in Griechenland die Zahl von 2000 bereits überstiegen, hat die Regierung der weiteren Einwanderung durch Befehle an ihre Konsuln, keine Pässe weiter zu visiren, Einhalt setzen müssen. Die Nomarchen sind angewiesen, jeden Flüchtling, der kein Paßvisa eines griechischen Konsuls aufzuweisen hat, zurückzuweisen. C. C.

[Die C. C. theilt über die Erzesse in Paderborn] folgenden Bericht mit: Paderborn, 27. Oktober. Am 23. d. entstand zu Neuhaus, wo gerade Jahrmarkt war, in einem Tanzlokale zwischen ein paar Husaren und einigen Civilisten Streit, der mit einer Schlägerei endete. Die Streitigkeiten pflanzten sich Abends fort, und es kam abermals zu einer Schlägerei, indem ein Husar von Civilpersonen überfallen und erheblich verwundet worden war. Ueber den eigentlichen Ursprung der Streitigkeiten, und von welcher Seite der erste Anlaß dazu gegeben worden, ist noch nichts Zuverläßiges bekannt; daß Militär giebt den Civilisten und umgekehrt diese jenen die Schuld. — Die Ruhe ist seitdem in Neuhaus nicht mehr gestört, dagegen kam es am 24. Mittags hier zu einer unbedeutenden Rauferei zwischen Karrenbindern und einigen Husaren. — Major Scheringer, davon in Kenntniß gesetzt, daß ein Theil der Bürgerschaft, die Bewohner des sogenannten Uckern, von der am Abend zu nehmenden Rache sprachen, ertheilte in Folge dessen den Befehl, daß Militär von $8^1/_2$ Uhr ab in der Kaserne zu konsigniren, und der Magistrat verstärke die Bürgerwache und berief noch einen Gensdarm, so daß dieser vier im Orte anwesend waren. — Bis 7 Uhr Abends blieb Alles ziemlich ruhig; dann zeigten sich kleine Volkshaufen, unter denen viele Jungen. Auch bildeten sich mehrere Trupps Husaren, bei deren Ansichtigwerdung aus der immermehr anwachsenden Menschenmasse wildes Geschrei und Rufen ertönte. Alles Zureden der obrigkeitlichen Personen und der friedlicher gesinnten Bürger, die Menge zum Auseinandergehen zu bewegen, blieb fruchtlos. Am Kettenplatze kam es zu einem harten Zusammentreffen, wobei mehrere Husaren von der blanken Waffe Gebrauch machten und der Polizeikommissar Körner von einem Säbelhiebe hart getroffen wurde; ebenfalls wurden der Metzker Mertens von hier und der Fuhmann Kellermann aus Rierern nicht unerheblich verletzt. Wie es dem Militär bei diesem Kampfe ergangen, ist mir noch nicht bekannt; daß es aber auch bei demselben an Verwundeten nicht fehlen wird, ist um so sicherer anzunehmen, als die Civilisten sich vorbereitet und mit langen Stöcken, Knitteln, Steinen, einige sogar mit Gewehren bewaffnet hatten. — Mehrere Husaren im Wachtanzuge wurden von einem eine Patrouille führenden Unteroffizier gesammelt und marschirten nach der Kaserne, wohin sich denn auch, auf Geheiß des herzugekommenen Majors Scheringer, die übrigen Husaren zurückzogen. Die Menge auf dem Kettenplatze tobte einstweilen fort; Abends gegen 10 Uhr legte sich der Sturm. — Zur Erhaltung der ferneren Ruhe u. Ordnung ist das Militär allabendlich von 6 Uhr ab in den Kasernen konsignirt, und ein Theil ruhiger angesessener Bürger hat eine Sicherheitswache gebildet. — Die Untersuchung über diese Vorfälle ist eingeleitet. — Ein anderer uns zugekommener, dem vorigen dem Inhalte nach gleichlautender Bericht setzt noch hinzu: „Trotz aller Vorsichts- und Vorbeugungsmaßregeln fand am 27. Abends noch ein großer Zusammenlauf von Menschen statt, und die Aufregung hat sich noch nicht gelegt."

Aus der Provinz Schlesien, 26. Oktober. [Militärisches.] An die Truppen ist der Befehl ergangen, die in diesem Monat eingezogenen Rekruten einer beschleunigten Ausbildungsmethode zu unterwerfen und zwar in der Art, daß mit denselben nöthigenfalls schon im Dezember ausgerückt werden könne. Der Infanterie steht wieder ein bedeutendes Avancement dadurch in Aussicht, daß die 3 Stammkompagnien der drei Landwehrbataillone, welche zu jedem Linienregiment gehören, durch drei der dazu qualifizirtesten Hauptleute des zugehörigen Regiments besetzt werden sollen. Hiernach würde der Etat der Hauptleute eines jeden Linien-Infanterieregiments um drei vermehrt werden. Die Stamm-Kompagnien der Landwehr bleiben in der Kriegsstärke von 200 bis 250 Mann bestehen, die, sobald das zugehörige Bataillon mobil wird, in gleichen Theilen, nebst den 20 Unteroffizieren einer jeden Kompagnie, unter die vier Kompagnien des Bataillons vertheilt werden. Hierdurch entsteht der wichtige Vortheil, daß jede Kompagnie, sobald sie zusammentritt, einen tüchtigen Kern von 50 bis 60 ausgebildeten Leuten besitzt, während früher der größte Theil der Mannschaften gewöhnlich nicht mehr viel von der früheren Dressur wußte. Nach der jetzigen Organisation kann demnach die Ausbildung der neu eingezogenen Mannschaften schon deshalb viel schneller vor sich gehen, weil die 50 bis 60 Stammmannschaften als Lehrer benutzt werden. Auch die Artillerie soll, wie es heißt, eine Veränderung ihrer Organisation erhalten, indem jede Brigade fünf Festungskompagnien erhalten würde, die zwar im Verbande der Brigade bleiben, jedoch ein für sich bestehendes Ganze bilden und vermuthlich dann auch einen besondern Kommandeur erhalten. Ob damit eine Vermehrung des Etats der Hauptleute verbunden ist, darüber verlautet nichts. Wenn, wie es wahrscheinlich ist, die drei bereits bestehenden 3 Festungkompagnien einer Artilleriebrigade in jener Zahl fünf inbegriffen sind, so würde der Etat immer nur um zwei Hauptleute vermehrt werden. Wie vieles Gute übrigens eine derartige Organisation der Festungskompagnien haben mag, so würde sich damit doch schwerlich die Bildung einer Art Garnisonsartillerie abwenden lassen, bei der die weniger dienstkräftigen Offiziere ihre Stelle finden dürften. — Wenn durch die oben als in Aussicht stehend angegebenen Besetzung der Stammkompagnien mit Hauptleuten der Linie bereits eine innigere Verschmelzung der Landwehr mit der Linie angebahnt wäre, so soll diese Verschmelzung bei eintretendem Kriege noch weiter in der Weise ausgedehnt werden, daß, wie es heißt, Landwehroffiziere der Linie, und Linienoffiziere der Landwehr, wie es den Umständen gemäß als vortheilhaft erscheint, zugetheilt werden. (D.-P.-A.-Z.)

Posen, 1. Novbr. [Militärisches.] Heute hat uns die 1. reitende Kompagnie der 5. ArtillerieBrigade, die seit 32 Jahren hier in Garnison gelegen, verlassen und ist nach Sagan abgerückt, wo bereits die 3. Kompagnie liegt, die zweite aber binnen Kurzem aus Lissa erwartet wird. Die drei Compagnien sollen zu einer Abtheilung vereinigt werden. — Für die ausgerückte 1. Kompagnie Artillerie erhielten wir heute um 11 Uhr noch eine Eskadron des 7. Husaren-Regiments aus dem benachbarten Schwersenz zu der bereits seit vielen Jahren hier garnisonirenden Eskadron. — Am 30. Okt. Abends vereinigten sich die Offiziere der heute ausgerückten Artillerie-Kompagnie mit den zurückbleibenden unserer Garnison zu einem Abschiedsmahle in Lauks Hotel, bei welchem sämmtliche Waffengattungen durch etwa 50 Deputirte vertreten waren. Bei dem Souper waltete die größte Herzlichkeit und allgemeines Bedauern über den Verlust so wackerer Kameraden vor. — Unsere Festung wird in Folge Reskripts des Kriegs-Ministerii demobil gemacht, indem die bisher auf den Wällen aufgestellten Geschütze in die Verwahrungsräume abgefahren werden. — Hier beiläufig eine vielleicht Vielen unbekannte Notiz über den Werth der Geschütze. Ein bronzenes Rohr eines 24 Pfünders kostet nicht mehr als 3000 Thlr., dagegen die gußeisernen, für die wir in Schweden Fabriken haben, 600 Thlr. (Pos. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 30. Oktober. [Tagesbegebenheiten.] Gestern Abend sind Heinrich v. Gagern und Karl Mathy von ihrer Reise durch Norddeutschland hierher zurückgekehrt. Wir erfahren, daß Heinrich von Gagern in Hannover außer seinen dortigen Freunden auch Stüve besuchte, welcher zu gleicher Zeit mit ihm in Jena studirt hat. Ihre Unterredung soll in dem Austausch der beiderseitigen Ansichten über den Stand und die Entwickelung der deutschen Verfassungsangelegenheit bestanden, eine Annäherung jedoch, wie vorauszusehen war, nicht bewirkt haben. Die Partei von Gotha hatte zwar den Weg, welchen Stüve mit Preußen und Sachsen durch das Bündniß vom 26. Mai betrat, ebenfalls als den richtigen erkannt, um zu dem Bundesstaate zu gelangen. Allein es zeigt sich jetzt, daß Hannover und Sachsen ihre damaligen Zusagen nicht als unverbrüchliche betrachten, indem sie den Grundsatz der Vereinbarung, welchen sie weder auf den Verfassungsentwurf vom 28. Mai, noch auf das Schiedsgericht streng angewendet, der Berufun des Reichstags entgegenhalten. Die Erklärung, welche Hannover im Verwaltungsrathe gegen die Berufung des Reichstags abgegeben, wird die Zustimmung der Kammern nicht erhalten, und die Stimme des Landes wird sich einer Politik nicht zuwenden, welche die Frage über die Gestaltung Deutschlands nicht an einen Reichstag, sondern an einen wieder einzusetzenden Bundestag bringen möchte. (D. Ztg.)

München, 29. Oktbr. [Ausschuß-Bericht.] Der Antrag, welchen der deutsche Ausschuß in seiner Majorität an die Kammer bringt, lautet: „In Erwägung, daß der Grundgedanke und das Ziel der deutschen Bewegung des Jahres 1848, so wie die Aufgabe der deutschen Nationalversammlung die politische und nationale Einigung aller deutschen Stämme gewesen, daß einzig und allein die Einigung dieses Zieles den Anforderungen des Nationalwillens zu genügen vermag, und daß sie daher so lange angestrebt werden muß, als nicht die letzte Hoffnung verschwunden ist, dasselbe zu erringen; — daß aber diese Absicht durch den von Preußen ausgegangenen Verfassungs-Entwurf nicht erreicht wird, **indem derselbe den Bestimmungen des Bundesvertrags widerspricht und Deutschland durch den Ausschluß Oesterreichs zerreißt; daß die von dem Staatsminister des Aeußern theils der Kammer vorgelegten, theils dem Ausschusse vertraulich mitgetheilten Aktenstücke darthun, derselbe habe nicht versäumt,** in richtiger Auffassung der Stellung Baierns einerseits Oesterreich zu einer Aenderung seiner bisherigen zuwartenden und ablehnenden Politik und zu einem engern staatlichen Verbande mit dem übrigen Deutschland unter den, der öffentlichen Meinung und den Bedürfnissen des Volkes entsprechenden Formen und Bürgschaften zu vermögen und andererseits Preußen gegenüber die Beseitigung der Hindernisse zu erwirken, welche jenem Anschlusse im Wege stehen; daß mithin das Staatsministerium durch sein Bestreben, den Grundgedanken des nationalen Aufschwunges festzuhalten und zu verwirklichen, **den Interessen Deutschlands und Baierns entsprechend gehandelt hat;** in weiterer Erwägung, daß durch die faktische Spaltung der beiden deutschen Großmächte der künftigen Einigung Deutschlands die größte Gefahr drohte, daß der Mangel einer allseitig anerkannten Bundesgewalt einen Zustand allgemeiner Verwirrung und Rechtlosigkeit hätte herbeiführen müssen, dessen Vermeidung vor Allem nothwendig war, daß, wenn auch die neugebildete Centralgewalt unleugbar die Rechte der Einzelstaaten wesentlich gefährdet und den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes in keiner Weise genügt, somit deren Fortdauer über die festgesetzte Zeit unter keiner Voraussetzung zuläßig ist, dennoch nur durch ihre Bildung, die sofortige Zerreißung Deutschlands vermieden und der Uebergang zu einer definitiven Neugestaltung desselben vermittelt wird; aus diesen Gründen geht die Kammer zur motivirten Tagesordnung über. In Erwägung jedoch, daß die Ungewißheit über das zukünftige Schicksal des Vaterlandes nicht nur eine bedenkliche Aufregung erhält, sondern auch die materiellen Interessen des Volkes auf's Schwerste beeinträchtigt und gefährdet; — daß der trostlos schleppende Gang der Unterhandlungen und das **überwiegende Hervortreten dynastischer Bestrebungen** jene Uebelstände ins Unbestimmte zu verlängern drohen; — daß aber gerade jetzt bei dem Mangel einer allgemeinen Vertretung des deutschen Volkes es um so dringendere Pflicht der Regierung

ist, mit Entschiedenheit, Offenheit und Selbstverleugnung das schlennige Zustandekommen einer ganz Deutschland umfassenden Einigung anzustreben, welche durch Herstellung seiner ungetheilten Macht gegen Außen, durch kräftige Förderung seiner materiellen Interessen im Innern, durch vollständige Entwickelung und unverkümmerte Geltung des konstitutionellen Prinzips dem gerechten Wunsche des deutschen Volkes Genüge zu leisten vermag; — daß überdies die Gründe, welche Oesterreichs bisherige Haltung bedingen mochten, nunmehr in den Hintergrund getreten sind, daher sein Anschluß wesentlich erleichtert erscheint, — aus diesen Gründen erwartet die Kammer: das Ministerium werde bei den ferneren Verhandlungen in der deutschen Frage den Grundgedanken der **Einigung des gesammten Deutschlands festhalten** und für das Zustandekommen einer definitiven Verfassung in diesem Geiste nothwendige Opfer nicht scheuen und der Kammer die Ergebnisse der Verhandlungen zur Kenntniß und zur Zustimmung vorlegen."

Stuttgart, 30. Oktober. Die Gemeindebehörden unserer Stadt haben heute eine Adresse an die nun abgetretenen Mitglieder des Märzministeriums zu richten beschlossen. (Schw. M.)

Gotha, 27. Oktober. [Verhaftungen.] Vorgestern wurden angeblich auf Requisition der Leipziger Behörde zwei fremde Männer von sehr anständigem Aeußern verhaftet. Dem Vernehmen nach sind es die Schriftsteller Falke und Buchmeier aus Wien, welche früher gegen den bei dem dortigen Oktoberaufstand ermordeten Kriegsminister Latour aufreizende Artikel in den dortigen Zeitungen veröffentlicht hatten und deswegen sich aus Wien und Oesterreich flüchten mußten. Die hiesige Polizeibehörde lieferte die Verhafteten an das Kriminalamt ab, aber schon in der ersten Nacht fanden sie Gelegenheit, sich auf gewaltsame Weise aus ihrem Kerker zu befreien. (D. P. A. Z.)

Bremen, 31. Okt. [Abfall von der Reichsverfassung.] Auch die demokratische Partei läßt die von der Nationalversammlung endgültig beschlossene Reichsverfassung fallen, und will einen neuen Weg einschlagen, um zu ihrem Ziele zu gelangen. Der Ruhm dieser Selbstentsagung und besseren Unterscheidung des Unmöglichen und Möglichen gebührt der Linken in der baierischen Kammer, von der zuerst die Forderung aufgestellt worden ist, welche jetzt die Gesammtforderung der Opposition gegen das Bündniß vom 26. Mai in allen Ständeversammlungen der vier Königreiche werden zu sollen scheint. Die Forderung nämlich, daß die Berufung des nächsten Reichstages auf den Grund des Bundesbeschlusses vom 7ten April 1848 zu veranlassen sei. Die würtembergische Kammer, so heißt es, habe sich mit der baierischen Linken über diese Forderung verständigt, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird auch die anti-ministerielle Partei in der hannoverschen Kammer dieselbe Forderung zu der ihrigen machen. Die hannoverschen Zeitungen wenigstens dringen darauf. Die „Morgenzeitung" erklärte schon vor etwa 8 Tagen mit großer Bestimmtheit, es sei das der Weg, den sie selber, seit der verkümmerten Hoffnung auf unmittelbare Durchführung der Reichsverfassung, als den einzigen Weg des Heils, als den „verfassungsmäßigen" Weg betrachtet habe. (Weser Ztg.)

Schleswig-Holsteinsche Angelegenheiten.

Kiel, 1. Novbr. Die schleswig-holsteinische Landes-Versammlung wurde mit einer Rede des Präsidenten Bargum, worin er darauf hinwies, das die Berufung wegen der gesetzlich nothwendigen Bewilligung der Steuern für 1850 nöthig sei, heute nach 12 Uhr eröffnet.

Wir haben nun noch zwei Monate bis zum Ablaufe des Waffenstillstandes, und noch immer hört man nichts von einem ernsthaften Angriffe der Friedensunterhandlungen. Die Nachricht, daß Preußen jetzt dem Herrn v. Usedom die Leitung der Verhandlungen übertragen hat, deutet darauf, daß eine Wendung in der zu Berlin gepflogenen Negociation eingetreten ist. Wirklich wird von dort dem „Hamburger Corresp." geschrieben, der Friedensvertrag sei fast fertig gewesen, da habe Dänemark plötzlich neue Schwierigkeiten erhoben und dieselben auch dem russischen Hofe plausibel zu machen gewußt. Daher der Wechsel der Unterhändler. (Weser Ztg.)

Flensburg, 30. Oktober. Man unterhält sich hier in diesen Tagen viel von einem bereits abgeschlossenen und in den ersten Tagen des nächsten Monats zu erwartenden Frieden; man fügt hinzu, daß die näheren Angaben darüber aus guter Quelle stammen sollen. Die Basis des Friedens wäre ein selbstständiges Schleswig mit eigener Verwaltung, eigenem Heere, eigenen Finanzen, lediglich eingeborenen Beamten, eigenem Landtage, verbunden mit Holstein nur durch einen gemeinschaftlichen Statthalter, durch die Universität und das Ober-Appellationsgericht, wogegen die Ministerial-Departements für beide Herzogthümer getrennt, aber die Flotte mit Dänemark gemeinschaftlich, die Schleswiger jedoch nicht zum Dienen in der dänischen Marine genöthigt sein sollten. Die Erbfolgefrage sollte darnach noch einer näheren Verhandlung und bestimmten Festsetzung vorbehalten bleiben. So bestimmt diese Angaben auch lauten und so sehr die Diplomatie auch wohl an der Idee einer schleswigschen Selbstständigkeit hängen mag, so wagen wir doch weder die Wahrheit noch auch nur die Wahrscheinlichkeit dieser Angaben irgendwie zu verbürgen. Wäre etwas daran, so müßten offenbar die Großmächte diesen Frieden ohne vorgängige Befragung der beiden streitenden Parteien arrangirt haben. (A. M.)

Rendsburg, 31. Oktbr. General Bonin traf am Montage, den 29sten d., hier ein, um am folgenden Tage über die nunmehr einexercirten Rekruten Musterung zu halten. Er war mit der Haltung, den Evolutionen und der Handhabung der Waffen vollkommen zufrieden. — Am 2. Nov. werden die neuen Rekruten, die 20jährige Mannschaft, hier eintreffen, um gleichfalls einexercirt zu werden, **so daß zur Zeit des Ablaufes des Waffenstillstandes Schleswig-Holstein ein Heer besitzen wird, stark genug, um einer Macht, wie Dänemark, die Spitze zu bieten.** (Wochenbl.)

Oesterreich.

N. B. **Wien**, 2. November. [Tagesbericht.] Die Ernennung provisorischer Schulräthe ist heute erfolgt. Sie werden den Länderchefs unmittelbar untergeordnet und gehören in die 7. Diätenklasse. — Bisher erschienen noch keine Münzen mit dem Bildniß des Kaisers Franz Joseph. Jetzt aber beschäftigt man sich mit der Prägung neuer Dukaten, welche dasselbe tragen werden. Die Thätigkeit in der Münze ist überaus groß. Fünfzehn Dampfmaschinen und 600 Arbeiter sind Tag Nacht beschäftigt und ein neuer Transport von 120 Ctr. Silber aus Hamburg wird zur wiederholten Ausprägung von Silber-Sechsern verwendet. Aber trotz des geringen Gehaltes dieser Sechser und des überhaupt gebesserten Silberausweises sind diese neuen Sechser eben so wie alle Silber-Scheidemünze aus dem Verkehr wie verschwunden. — Gestern war der Friedhof auf der Schmelz ungewöhnlich stark besucht. Da nämlich verlautete, daß daselbst ein großer Grabhügel errichtet worden sei, welchen unbekannte Hände mit Blumen bekränzt haben sollten, so strömten nahe an 20,000 Menschen dahin. Das diesfällige Gerücht war wirklich nicht unbegründet und man fand jenen Grabhügel mit weißem Sande bestreut und darauf die Inschrift: „13., 14., 15. März", und unter derselben zwei gekreuzte Schwerter gezeichnet. — Aus Innsbruck wird als Neuestes unterm 30. Oktober gemeldet: Das Armeekorps in Tyrol wird noch durch 7 Bataillone Infanterie und $3^1/_2$ Batterien verstärkt. Diese Truppen werden in Südtyrol dislozirt. Das ehemalige Konviktsgebäude der Jesuiten wird zum zweiten Militärspital eingerichtet, da bei der großen Truppenmasse das alte Spital die Kranken nicht mehr fassen kann. — In Siebenbürgen erheben nun die Sachsen Reklamationen gegen die Vereinigung mit dem Kronlande Siebenbürgen und ein Gleiches geschieht in dem serbischen Bacskaer Komitat hinsichtlich der Vereinigung der Bacska mit der serbischen Woywodina. Die Journale verfehlen nicht, dieser Stimmung Rechnung zu tragen. — Aus Ungarn berichtet man, daß die Anhänglichkeit an die Persönlichkeit des Kaisers eine allgemeine sei und sich von seiner früheren Anwesenheit in Ungarn herschreibt, wo seine glänzende Erscheinung solch' günstigen Eindruck hervorbrachte. Auch der Kaiser soll sich dessen gern erinnern, und bei einer Sitzung des Ministerraths mit Aufregung geäußert haben: „Ich will selbst hinunter gehen, und haben sie mich vor zwei Jahren so freudig empfangen, so werden sie es auch heute thun." Unter den neuerdings in Pesth eingebrachten politischen Gefangenen befinden sich mehrere Exdeputirte und der Expräsident des Wechselgerichts, Zalay. Die fortwährenden Denunziationen veranlassen immer weitere Verhaftungen, die vielleicht oft nur aus persönlichem Haß und Abneigung hervorgehen. So wurde ein Gastwirth in Pesth denunzirt, daß er zur Zeit, wo Lamberg ermordet wurde, ein Messer in der Hand gehabt habe. — In Preßburg wurde der Obernotar Sajhert zu fünfjähriger Schanzarbeit und der evangelische Prediger Ludwig Balogh zu fünfjähriger Festungsstrafe kriegsrechtlich verurtheilt. — **In Arad wurde am 25. Oktober Ludwig Kaczinczyi von Szephalom laut kriegsrechtlichem Urtheil erschossen.**

* **Wien**, 2. Nov. [Trauerfeierlichkeit für die Märzgefallenen.] Vorgestern wurde im Theresianum das Collegium abgesagt. Es hatten sich Studenten verabredet, einen für den „Aller Seelen"-Tag bestimmten Grabgesang der gefallenen Märzhelden unter sich vorzulesen. Gestern oder heute wollten sie diesen Gesang auf der Schmelz aufführen. Dies geschah auch, allein trotz der anwesenden großen Menschenmenge fand keinerlei Unordnung statt. — Heute Nachmittags fand das Leichenbegängniß des in den Märztagen 1848 so schwer verunglimpften ehemaligen Nationalgarde-Kommandanten F.-M.-L. Grafen Hoyos statt. Alle hier anwesenden Generäle, der Kriegsminister Graf Giulay, der Banus von Croatien und eine Unzahl von Stabsoffizieren folgten der Leiche.

Frankreich.

Paris, 31. Oktober. [Ministerkrisis in Aussicht.] Es ist sehr stark die Rede von einer ministeriellen Veränderung. Dufaure, welcher einen großen Einfluß in diesem Ministerium haben würde, übernähme das Justizministerium, Lanjuinais den öffentlichen Unterricht, Passy bleibt. Das legitimistische Element würde in dieser Zusammensetzung nicht vertreten sein; man spricht zwar von dem General Hautpoul, doch ist dieses keine politische Person. (S. den folgenden Artikel.) Keiner der Führer ist in der Nationalversammlung, mit Ausnahme Molé's, der sehr unzufrieden aussah, erschienen. Barrot und Dufaure wohnten ebenfalls der Sitzung nicht bei. (Düss. Z.)

Paris, 31. Oktbr., Abends. [Durch außerordentliche Gelegenheit.] Durch eine offizielle Botschaft hat der Präsident der Republik die National-Versammlung benachrichtigt, **daß das bisherige Ministerium nicht mehr bestehe. Man versichert, General d'Haupoult sei mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt. Dieses Ereigniß hat große Sensation erregt.** *) (Köln. Z.)

Die englische Flotte ist auf der Höhe der Insel Aegina gesehen worden und bewegt sich nach Smyrna und den Dardanellen.

Die „Times" erhalten auf telegraphischem Wege die Nachricht, daß ein spanisches Dampfboot am 22. Okt. von Tanger in Gibraltar angekommen **ist mit sämmtlichen Franzosen, die bisher in Marokko waren, am Bord, da der französische Geschäftsträger die Unterhandlungen abgebrochen hat. Der General- und der Vice-Konsul sind abgereist und die Feindseligkeiten werden wahrscheinlich mit dem Bombardement von Tanger und Mogador beginnen.** Der Kaiser von Marokko soll einen Kourier, der ehemals in Diensten des französischen Geschäftsträgers war, haben enthaupten lassen; zur Genugthuung dafür ließ er am 21sten die französische Flagge durch Geschütz begrüßen, der französische Konsul war jedoch damit noch keinesweges befriedigt und befahl allen französischen Bürgern, das marokkanische Gebiet zu verlassen.

Lokales und Provinzielles.

§ **Breslau**, 3. Novbr. [Constitutioneller Central-Verein.] Der Vorsitzende eröffnet die Verhandlungen mit der Anzeige, daß die Herren Rechtsanwalt Plathner und Kaufmann Ruthardt die auf sie gefallene Wahl zu Mitgliedern des Ausschusses — abgelehnt haben. An deren Stelle sind die Herren Dr. Krutge und Rektor Fickert eingetreten. Zur Wiederanknüpfung der Verbindung mit den Provinzialvereinen wurde von Seiten des Ausschusses eine gedruckte Ansprache an dieselben erlassen. Ebenso hat der Ausschuß den Entwurf eines an das Provinzial-Komitee zu richtenden Schreibens berathen. Dasselbe bezieht sich auf den früher gefaßten Beschluß des Vereines, wonach die bisherige Verbindung mit dem Provinzial-Komitee eine wesentliche Modifikation erfahren soll. Der Entwurf wird vorgelesen und zur Debatte gestellt. Das Schreiben beginnt mit einer klaren Darlegung des Sachverhältnisses über die Bildung und den ursprünglichen Zweck des betreffenden Komitee's. Hierauf folgt der gründlich motivirte Antrag, es möge das Komitee seine Thätigkeit fortan auf das praktische Gebiet, wie das der Wahlen, beschränken. Dagegen sollen rein prinzipielle Schritte, wie Adressen und Petitionen von der Thätigkeit des Provinzial-Komitees in der Regel ausgeschlossen und jedem einzelnen Vereine als solchem überlassen bleiben. In Bezug auf die gemeinsame Leitung der Wahlangelegenheiten behält sich der Verein die Vorlage einer Geschäftsordnung vor. Schließlich wird das Komitee aufgefordert, behufs Verständigung über die oben mitgetheilten Vorschläge, mit dem Ausschuß des Central-Vereins in Verbindung zu treten. — Nach Beseitigung einiger Worte, die leicht Mißdeutungen veranlassen könnten, wurde auf die eigentliche Diskussion des Schriftstückes eingegangen. — Herr Professor Röpell ist nicht gegen einen einzelnen Ausdruck, sondern gegen das Ganze des Entwurfs. Er habe dem in Rede stehenden Komitee angehört und wisse daher, daß die Wirksamkeit desselben gerade auf das gerichtet war, was jetzt als ausgeschlossen betrachtet werden soll. Demnach sei für die hierauf bezüglichen Vorschläge des Centralvereins keine Aussicht auf glücklichen Erfolg vorhanden. Erspare man sich daher eine Anfrage, auf welche schwerlich anders als mit „Nein" geant-

*) In einer Berliner Mittheilung des C.-B. heißt es: **„Eine telegraphische Depesche aus Paris zeigt an, daß ein Ministerium Molé gebildet ist. Die Rente war um 5 pCt. höher notirt."**

wortet werden dürfte. Herr Direktor **Wissowa** theilt die Befürchtungen seines Vorredners nicht. Weit mehr glaubt man erwarten zu dürfen, daß fortan die Hauptthätigkeit des Komitees auf die Wahlen und Alles, was damit zusammenhängt, gerichtet sein werde. In allgemein politischen Fragen hätte das Komitee vom Anfang seines Bestehens ab nach einem Paragraph seiner Geschäftsordnung stets an die einzelnen Vereine zurückgehen müssen. Es wird von einigen Rednern daran erinnert, daß diese Anordnung oft in sogenannten Dringlichkeits-Fällen überschritten wurde, deren Dringlichkeit die Vertreter des konstitutionellen Central-Vereins nicht anerkannten. Da jedoch das Provinzial-Komité auch über die Dringlichkeit zu entscheiden hatte, so blieben die Abgeordneten des Central-Vereins in der Minorität. Herr Professor **Wilda** ist der Ansicht, daß das Central-Komité den angebotenen Vergleich nicht zurückweisen werde. Wenigstens könnte dann nicht dem konstitutionellen Central-Verein mit Recht der Vorwurf gemacht werden, daß er die Ursache irgend eines Zwiespaltes sei. Herr **Fromberg** spricht für den Schluß der Debatte; der Schluß ward nicht beliebt. Herr Lehrer Stephan spricht sich ungefähr dahin aus, daß dem Provinzial-Komité nicht zugemuthet werde, es solle fortan sich einer Thätigkeit begeben, an welcher der Central-Verein nicht mehr Theil zu nehmen wünsche. Statt dessen möge man sich damit begnügen, zu erklären, daß der konstitutionelle Central-Verein in prinzipiellen Dingen nicht mehr mit dem Provinzial-Komité Hand in Hand zu gehen beabsichtige. Herr Ober-Staatsanwalt **Fuchs** betrachtet das Provinzial-Komité als eine Art Bundestag zu gemeinschaftlichem Handeln gegen die Republikaner und Reaktionäre. Hat sich die Verbindung bewährt, so müsse man dieselbe festhalten, um so mehr, da noch harte Parteikämpfe bevorstehen. Ist aber dieselbe nicht mehr ihrem Zweck entsprechend, so müsse man ihr entsagen. Nachdem noch mehrere Redner über den vorliegenden Gegenstand das Wort ergriffen hatten, wurde zur Abstimmung geschritten. Es wurde zunächst beschlossen, das Anschreiben in seiner allgemeinen Fassung beizubehalten und so dem Provinzial-Komité zu übermachen. Die von Herrn **Stephan** in Vorschlag gebrachte Abänderung ward verworfen. — Es folgten nun, laut der Tagesordnung, Vorträge über das **Steuerbewilligungsrecht der Kammern.** Herr Dr. **Kauer** gab eine gerundete historische Darstellung des gegenwärtigen Standpunktes dieser wichtigen Frage. Hr. Justizrath **Gräff** gab hierzu noch einige interessante Notizen und zeigte namentlich sehr schlagend, daß § 108 nicht anders als unter den transitorischen Bestimmungen stehen könne, wenn nicht ein greller Widerspruch mit den §§ 98 u. 99 in die Verfassung aufgenommen werden solle. Herr Professor **Wilda** führte sehr gründlich das Thema durch, daß in jedem wahrhaft konstitutionellen Staate den Kammern das Recht der Steuerbewilligung zustehen müsse, und zog mehrere sehr interessante Vergleiche mit den Bestimmungen, die in anderen, namentlich deutschen, konstitutionellen Staaten hierüber gelten. Herr Professor **Haase** widerlegte die ausgesprochenen Befürchtungen, daß aus diesem Steuerbewilligungsrecht eine Steuerverweigerungs-Manie erwachsen könnte, und daß ähnliche unheilvolle Zustände herbeigeführt werden dürften, als durch den letzten Steuerverweigerungsbeschluß der Nationalversammlung im vorigen Jahrn hervorgerufen worden waren. Zu diesem Endzweck gab er eine detaillirte sehr interessante Geschichte dieses Beschlusses der aufgelösten Nationalversammlung. — Aus sämmtlichen Vorträgen aber ging das Resultat hervor: **daß man das Steuerbewilligungsrecht den Kammern unverkürzt gewahrt wissen wolle, als ein Grundrecht einer wahrhaft konstitutionellen Verfassung.** — Die Sitzung schloß nach 10 Uhr.

---

† **Breslau**, 3. November. [Polizeiliche Nachr.] In der beendigten Woche sind (excl. fünf todtgeborener Kinder) von hiesigen Einwohnern gestorben: 30 männliche, darunter 2 an der Cholera, und 24 weibliche, darunter 1 an der Cholera, zusammen 54 Personen. Von diesen starben an Abzehrung 7, Alterschwäche 3, Brustleiden 1, Blutsturz 3, Cholera 3, Gehirnentzündung 1, Lungenentzündung 2, Zehrfieber 1, Schleimfieber 1, Gehirnausschwitzung 1, Krämpfen 9, Magenkrebs 1, Brustkrebs 1, Lungenlähmung 2, Lebensschwäche 1, Nervenleiden 1, Schlagfluß 4, Stickfluß 1, Lungenschwindsucht 1, Rückenmarkschwindsucht 1, allgemeiner Wassersucht 2, Brust-Wassersucht 2. Unter diesen starben in den öffentlichen Krankenanstalten und zwar in dem allgemeinen Kranken-Hospital 8, in dem Hospital der Elisabethinerinnen 1, und in dem Hospital der barmherzigen Brüder 1. Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen unter 1 Jahre 14, von 1 bis 5 Jahren 11, von 5 bis 10 Jahren 1, von 10 bis 20 Jahren 3, von 20 bis 30 Jahren 4, von 30 bis 40 Jahren 2, von 40 bis 50 Jahren 6, von 50 bis 60 Jahren 5, von 60 bis 70 Jahren 6, von 70 bis 80 Jahren 4, von 80 bis 90 Jahren 1.

Stromabwärts sind auf der oberen Oder hier angekommen: 7 Schiffe mit Eisen, 4 Schiffe mit Steinkohlen, 2 Schiffe mit Weizen, 12 Schiffe mit Brennholz, 1 Schiff mit Zinkblech, 1 Schiff mit Mehl und 16 Gänge Bauholz.

Der heutige Wasserstand der Oder ist am hiesigen Oberpegel 16 Fuß 7 Zoll, und am Unterpegel 4 Fuß — Zoll, mithin ist das Wasser seit gestern am ersteren um — Fuß 4 Zoll und am letzteren um — Fuß 5 Zoll wieder gefallen.

Breslau, 2. Novbr. [Karl Schall's nachgelassene „Reime und Räthsel" nebst des Dichters Lebenslauf.] Herausgegeben von August Kahlert. Breslau, 1849. Graß, Barth und Comp. (Der Reinertrag dieses Buches ist zum Besten des schlesischen Blinden-Instituts in Breslau bestimmt.)

Was ein Mitglied des jungen Deutschlands ausgesprochen: „Man muß den Menschen nicht kennen lernen, um den Dichter lieb zu haben" — findet auf **Schall**, das hausbackige, wohlgenährte enfant gaté der Breslauer, keine Anwendung. Man mußte im Gegentheil den liebenswürdigen Menschen in ihm kennen lernen, um an seinen poetischen Tändeleien, an seinem literarischen Kleinhandel irgend was zu finden, das man mit Behaglichkeit beachten konnte. Karl Schall war durch und durch eine Erscheinung des Augenblicks. Er lebte und arbeitete als Impromptu. So schwer er fleischlich in die Waage fiel, so leicht hüpfte er geistig über das Schwerste hinweg. Man gab seinen Tändeleien mehr Werth, als sie selbst beanspruchten, weil er die liebenswürdige Schlauheit besaß, sie der Gesellschaft preiszugeben. Die Gesellschaft dankt es aber mit einem gnädigen Lächeln, wenn man, zu ihrer Unterhaltung, sich und seine Einfälle hingiebt. Schall gehörte zu den Armen, die nur in der Gesellschaft leben können; er hatte den Haltpunkt in sich verloren. Die Einsamkeit, das wahre innere Leben, war für ihn der Tod der Langeweile. Selbst wenn er allein war, suchte er Gesellschaft, indem er dann kleine Briefe und Billette an alle Welt schrieb. Man vergab Schall alle seine Fehler, weil er auf keine Tugend Anspruch machte. Er war ein sogenannter „guter lieber geistreicher Mann." August Kahlert schildert Schalls Lebenslauf mit der Theilnahme eines Freundes, ohne sich von der Freundschaft eine undurchsichtige Brille aufsetzen zu lassen. Es leitet ihn auch nicht der jesuitische Ausspruch: „Von den Todten soll man nur Gutes sprechen." Ich nenne diesen Ausspruch: jesuitisch, weil er ein Erzeugniß der frömmelnden Lüge, welche unsere Gesellschaft verächtlich macht. Von Lebenden sollte man nur Gutes sprechen! — Das wäre ein Ausspruch der wahren Liebe! Lebenden thut jeder Tadel wehe, das Böse, das man ihnen nachsagt, kann ihnen schaden. Die Todten schonen, ist eine faule Pietät; wenn sie sich auch nicht vertheidigen können, schadet ihnen doch die Dummheit und Bosheit nicht mehr. Doch eben weil ihnen die Dummheit und Bosheit nicht mehr schaden kann, wird sie liebevoll und spricht: Von den Todten soll man nur Gutes reden.

Um so unbefangener würde ich daher an die Beurtheilung eines verstorbenen Dichters gehen, wenn nicht dieser Bericht eine Empfehlung des vorliegenden Buchs für Schalls Freunde sein sollte. Diesen ist es gewiß willkommen, so wie Allen, welche gern an pikanten Räthseln ihren Scharfsinn proben. Räthsel aller Art bilden den Hauptinhalt des Buches. J. L.

---

* **Breslau**, 3. November. [Städtische Ressource.] Gestern fand im Wintergarten ein Concert statt, bei welchem der Gesellengesangverein: „Der Liederkranz" unter der Leitung seines Dirigenten, des Elementarschullehrers Herrn Hampel, thätig war. Schon lange hatten wir nicht Gelegenheit gehabt, einen solchen Verein in einer größeren Gesellschaft und in einem größeren Saale zu hören. Es sind Alles kräftige Stimmen, und das Sonderbarste, gute Tenore, die wir nicht in Massen zu finden gewohnt sind. Was nun die Ausbildung der Stimmen betrifft, so ist es für Gesellen schwer, sich künstlich auszubilden, da den Meisten von ihnen die Zeit mangelt, doch wurden einzelne Piecen, welche Ausdruck verlangen, recht gut vorgetragen. „Des Deutschen Vaterland" wurde mit Orchesterbegleitung gesungen; doch schienen hier die Stimmen im letzten Verse etwas schwankend, was allerdings auch von der Entfernung des Orchesters von dem Chor abhängen mag. Das Orchester war in den Logen und der Chor vis-à-vis im Saale. Das Dirigiren wird dadurch unendlich erschwert. Jede Piece wurde beklatscht. Herr Jacobi Alexander leistete ebenfalls Ausgezeichnetes. Der Saal war sehr voll, man mußte sich oft durchdrängen. Wir haben nur den Wunsch, recht oft solche Gesellen-Gesangvereine in den Freitags-Concerten der städtischen Ressource zu hören.

Theater.

Montag, den 5ten, findet das Benefiz des Herrn **Baumeister** statt, und es ist für uns eine angenehme Pflicht, das Publikum auf diese Vorstellung aufmerksam zu machen und zur reichen Theilnahme aufzufordern. Wer die unermüdliche Thätigkeit und den seltenen Künstlerfleiß des Herrn Baumeister seit der ganzen Zeit seines hiesigen Aufenthalts so beobachtet hat, wie wir, der wird uns gewiß gern beistimmen, daß solch eine volle und schöne Hingebung an die Kunst die größte Anerkennung Seitens des Publikums verdient. Wenn ich bei dieser Gelegenheit gerade diese Seite an unserm Künstler hervorhebe, so ist es einmal darum, weil seine künstlerischen Leistungen im Allgemeinen wohl so anerkannt sind, daß sie gewiß nicht erst in Erinnerung gebracht zu werden brauchen, und sodann, weil jene Eigenschaft des sittlichen Kunstfleißes bei Schauspielern noch seltener anzutreffen ist, als das Talent selbst. — Das Publikum nimmt die besten Leistungen des Schauspielers immer nur als vereinzelte Frucht hin; die Kritik, der es obliegt, diese Frucht zu pflegen, muß auf den tieferen Zusammenhang derselben mit Stamm und Wurzel blicken und die edlen und gesunden Keime zur Würdigung des Publikums bringen. Eine solche Würdigung verdienen die Leistungen des Herrn **Baumeister** in nicht geringem Grade. Alle erscheinen sie als der Ausfluß eines energievollen Talents, das unermüdlich nach seiner eigenen Ausbeutung ringt und den Erfolg des heutigen Tages nur als Hebel für morgen benutzt. Solcher kunstsinnige Ernst gehört zu den seltenen Eigenschaften eines Standes, der, wie kein anderer, nur auf den Moment angewiesen ist, und diese Eigenschaften zu fördern und anzuerkennen, kann nur im Interesse des Publikums selbst liegen. Die Benefizvorstellung eines Schauspielers ist eine solche Gelegenheit zur Förderung und Anerkennung, und so zweifeln wir auch nicht, daß das **Benefiz** des Herrn **Baumeister** in dieser Beziehung zur besten Zufriedenheit ausfallen werde. M. K.

□ **Ratibor**, 31. Okt. [In der heutigen Sitzung der Geschworenen] wurde eine Brandstiftung verhandelt. Am 13. Juni d. J. entstand in der Scheuer des Gärtners Julius Richtarsky zu Neu-Hradschin, Kreis Leobschütz, Feuer, das bald noch mehrere Gebäude ergriff und einen Schaden von 1800 Rthlrn. veranlaßte. Peter Richtarsky, Vater des genannten Julius Richtarsky, 55 Jahr alt, war angeklagt, das Feuer angelegt zu haben. Er hatte nämlich seine Besitzung dem Sohne abgetreten und sich nur einen Auszug bedungen. Bald darauf trat Zank unter die Familienglieder, so daß die Frau selbst den Mann verließ und beim Sohne blieb. Ja es ist sogar zu Thätlichkeiten zwischen Vater und Sohn gekommen und wurde jener wegen Schadenanstiftung von Frau und Sohn öfters bei den Gerichten angezeigt. Auch an Drohungen hat es Peter Richtarsky nicht fehlen lassen, und soll er namentlich häufig gesagt haben: „er werde ihn, den Sohn, schon zu Grunde richten, er würde ihn um alles bringen," u. drgl. Noch am Abend vor dem Brande wiederholte der Angeklagte solche Drohungen und soll dabei noch bei Erwähnung eines Brandes in dem benachbarten Limmerwitz, welcher Brand gemißhandelten Dieben zugeschrieben wurde, hinzugefügt haben: „es werde in Neu-Hradschin gerade so kommen." Richtarsky, der Vater, ist auch kurz vor dem Brande in der Nähe der Scheuer gesehen worden und als er während des Brandes vom Wirthshause, wohin er inzwischen gegangen war, zur Feuerstätte zurückkehrte, sagte er seinem Sohne, der ihn mit den Worten anredete: „Nun sind ja die Wünsche erfüllt" — du glaubst doch nicht etwa, daß ich das Feuer angelegt habe?! Genug, Peter Richtarsky galt damals für den Feueranleger und wurde verhaftet. Heute bestritt er jeden Antheil an der Ursache des Brandes. Unter den vielen Zeugen, die vernommen wurden, war zunächst der Damnifikat der Sohn, der im Wesentlichen aussagte, daß er nicht glaube, daß der Vater das Feuer angelegt habe, obschon er die Entstehung des Feuers nicht kenne. Die Frau des Angeklagten wies bloß darauf hin, daß der Mann, wenn er betrunken, sie hart behandelt habe. Die Tochter gab gleichfalls an, daß Vater, Mutter und Bruder sich wechselseitig gezankt hätten und wisse sie nicht, wer eigentlich Schuld hat. Sonderlich Neues, als was bereits erwähnt ist, sagten die übrigen Belastungszeugen nicht aus, dennoch trug Ober-Staats-Anwalt **Schwark**, der besonders darauf einen Werth legte, daß der Angeklagte Zundhölzchen gekauft hatte und anfänglich nichts davon wissen wollte, auf „Schuldig" an, wogegen der Vertheidiger Rechts-Anwalt **Sabbath** sprach. Der Vorsitzende stellte dann nach gegebenem Resumee folgende zwei Fragen:

„Ist Peter Richtarsky schuldig am 13. Juni 1849, Nachmittags in der Scheuer des Gärtners Julius Richtarsky zu Neu-Hradschin mit der Absicht zu beschädigen vorsätzlich Feuer angelegt zu haben?

„Ist durch die erregte Feuersbrunst an Häusern, Gebäuden und Vermögen der Einwohner von Neu-Hradschin ein Verlust von mindestens 500 Rtl. entstanden?

Der Vorsteher der Geschworenen, Kommerzien-Rath **Albrecht**, verkündete, daß die Geschworenen **einstimmig** die erste Frage **verneint**, die zweite **bejaht** hätten.

Der Angeklagte wurde alsbald entlassen.

□ **Ratibor**, 2. Nov. [Reise der Königin.] Gegen halb 12 Uhr langten Ihrer Majestät die Königin hier an und waren alle Empfangsfeierlichkeiten schon vorher abgelehnt worden. Nichts destoweniger waren Unzählige auf den Bahnhof geeilt, um die Ankunft und Abreise der höchsten Herrschaften mitanzusehen. Nach erfolgter Vorstellung wurden die Herren Dr. v. **Möller**, interim. Chef-Präsident des Appellhofs, Major v. **Langenthal** u. Landrath **Wichura** zu dem im Bahnhofslokale schon vorbereiteten Diner befohlen und um 1 Uhr ging der Extrazug unter donnerndem Hoch der Anwesenden nach **Oderberg** ab. Hier war der Flügeladjutant des Kaisers, **Zanini** und die Regimentsmusik. Mit „Heil Dir im Siegeskranz" wurden Ihre Majestät empfangen und dann spielte die Musik bis zur Weiterfahrt noch einige andere Stücke. — In der heutigen Geschwornen-Sitzung wurde zunächst eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung und dann eine wegen Erregung von Mißvergnügen verhandelt. Die Theilnahme des Publikums war ungemein groß.

Zweite Beilage zu № 258 der Breslauer Zeitung.

Sonntag den 4. November 1849.

P. Jauer, 2. Novbr. [Am 29. Oktbr. schloß die erste Schwurgerichtsperiode.] Es sind in ihr 20 Prozesse in 24 Sitzungen erledigt worden. Sieben Anklagen lauteten auf Majestätsbeleidigung, Hochverrath 2c.; eine, auf Erregung von Mißvergnügen, gegen den Maler Elsner in Hirschberg. Derselbe, ein Bruder des Dr. Elsner in Breslau, wurde von den Geschwornen für schuldig erklärt, vom Gerichtshof jedoch wegen Mangel einer anzuwendenden Gesetzesstelle freigesprochen. Einmal traten die Richter an die Stelle der Geschwornen, indem diese mit 7 gegen 5 Stimmen das „Schuldig" aussprachen. Wie an den meisten Orten machte man auch hier die Erfahrung von der größeren Milde der Gerichtspersonen, sie sprachen den (wegen Urkundenverfälschung) Angeklagten frei. Von den 29 Personen, welche auf der Anklagebank saßen, waren nur 4 aus dem Kreise Jauer, 2 aus dem Kreise Striegau, die Uebrigen aber Alle aus der Hirschberger und Schmiedeberger Gegend. Der Grund dieser auffallenden Erscheinung liegt wohl einestheils in der größeren Nahrungslosigkeit der Gebirgskreise, anderentheils aber gewiß in der großen Aufmerksamkeit des Landrath v. Grävenitz in Hirschberg. Er scheint besonders auf politische Vergehungen ein sehr wachsames Auge gehabt zu haben. Als Vertheidiger haben fungirt außer den 3 hiesigen Rechtsanwälten Dierschke, Krüger und Keck v. Schwartzbach, Rechtsanwalt Böge aus Neumarkt und Menzel aus Hirschberg. Die beiden Letztern haben durch ihre sehr gelungenen Vertheidigungs-Reden nicht wenig zur Freisprechung der Schmiedeberger Novemberangeklagten beigetragen. Wie man hört, wird vor Ende dieses Jahres schwerlich eine neue Schwurgerichtsperiode beginnen. Unmöglich wäre es nicht, daß der Sitz desselben nach Striegau verlegt würde, da man hier keine passende Lokalität aufzuweisen hat; der jetzt eingerichtete Saal ist zu außerordentlich eng. Für Jauer wäre die Verlegung kein geringer Nachtheil. Wir hoffen, daß der Magistrat nicht auf die Stimmen Derer hören wird, welche für die Stadt erst dann Nutzen aus dem Erscheinen der Geschwornen hierselbst ersehen, wenn dieselben gerade ihrem Laden oder ihrem Geschäft Vortheil bringen. Die Väter der Stadt werden gewiß gern Jauer als den Mittelpunkt so vieler Kreise erhalten. Könnte nicht vielleicht die den Deutschkatholiken eingeräumte Kirche dem Schwurgericht eingeräumt werden? Jene Gemeinde löst sich am Ende doch bald auf; ihr Prediger (ein vor ein paar Jahren aus Böhmen herübergekommener Geistlicher) verläßt sie jetzt; an eine neue Anstellung können die meist unbemittelten Dissidenten jetzt wohl kaum denken. Schlimmsten Falls würde jene alte Kirche kirchlichen und richterlichen Zwecken zugleich dienen können. — Wie in früheren Jahren hielt sich auch diesmal zur hohen Freude aller Derer, welche den verehrten, wahrhaft freisinnigen Mann näher kennen, der Herr Dr. Grävell aus Frankfurt einige Tage hier auf. Der vormalige Reichsminister besuchte seine Tochter, welche an einem hiesigen Arzt verheirathet ist, der in Jauer als der Vorkämpfer der liberalen Partei gilt.

Mannigfaltiges.

— Es wird zu Bremerhaven gegenwärtig ein sogenanntes Auswanderer-Haus gebaut, worin bis zu 2700 Personen logirt und bis zu 3000 Personen beköstigt werden können. Der Betrieb wird einer strengen obrigkeitlichen Inspektion unterworfen, welche auch die Verpflichtungstaxe zu bestimmen hat. Das Ganze ist zwar ein Privatunternehmen, hat aber neben dem Lebensunterhalte des Leiters den Zweck, durch eine Musterverpflegung für den größten Theil der jährlich über Bremen gehenden Auswanderer die allgemein gute und billige Verpflegung derselben in allen übrigen Logir- und Kosthäusern durch diese Konkurrenz zu erzwingen und dadurch den Strom der Auswanderung ferner an Bremen zu fesseln, und sich mit dieser thatsächlichen Sorge dafür an die obrigkeitliche Aufsicht würdig auzuschließen, welche diesem Gegenstande bereits seit einer Reihe von Jahren gewidmet ist. Das großartige Unternehmen wird daher auch mit den erforderlichen Geldmitteln von einer Anzahl der dortigen Kaufmannschaft unterstützt, welche seinen großen Nutzen für den Staat, wie für den Auswanderer wohl begreift. — Das Gebäude enthält auf einer Grundfläche von 30,000 Quadratfuß im Erdgeschoß und drei Stockwerken außer zehn großartigen Sälen, in denen sehr zweckmäßig für Ventilation gesorgt ist, sehr bedeutende Gepäckräume im Souterrain und Böden, zwei getrennte Lazarethe, jedes mit drei Krankensälen, Bade- und Wärterzimmer 2c., Wasser-Bassins, die alle Säle und Waschzimmer versorgen, bei Feuersgefahr jeden Raum inundiren können, große Dampfküche, eine Kapelle oder Kirche, die über 300 Personen faßt, Predigerwohnung, Wirthschaftslokal, bedeckte Ankaufhallen u. s. w. C. C.

Handelsbericht.

* **Breslau**, 3. November. Unser Getreidehandel war in dieser Woche minder lebhaft, als wir vermutheten; die Preise gingen namentlich für Weizen wesentlich zurück und müssen einen fernern Rückzug gewärtigen, weil die auswärtigen Berichte flau lauten und von einem geringen Umsatz sprechen. Alle anderen Feldfrüchte veränderten ihre Preise wenig, es wurde davon größtentheils nur zur Konsumtion gekauft. Heute bezahlte man weißen Weizen 45 bis 59 Sgr., gelben Weizen 40 bis 56 Sgr., Roggen 25 bis 28½ Sgr., Gerste 21 bis 24½ Sgr. und Hafer 15½ bis 17½ Sgr.

Oelsorten bleiben bei sehr geringer Zufuhr gesucht, und eher besser bezahlt, es galt Rapps 107 bis 112, auch 115 Sgr. und Sommer-Rübsen 92 bis 97 Sgr.

Kleesaat war in dieser Woche sehr gefragt, es wurden mehrere 100 Ctnr. in den guten und feinern Sorten zu steigenden Preisen aus dem Markt genommen, und das Geschäft wäre darin bedeutender gewesen, wenn nicht die Offerten zu geringfügig wären. Es stellt sich nun immer mehr heraus, daß die Ernte in rothem Kleesaamen eine sehr geringe gewesen, und wenn auch England in diesem Jahre wenig von uns beziehen wird, so werden wir am Ende kaum fürs Inland und die Nachbar-Provinzen ausreichen. Bezahlt wurde weiße Kleesaat 5½ bis 12½ Rtl. und rothe Saat 9 bis 12¼ Rthlr. Allerfeinste Sorten bedingen willig ½ bis ⅔ Rthlr. über unsere Notizen.

Für Spiritus war zu Anfang der Woche gar keine Frage, und wir gingen damit bis auf 6 Rthlr. zurück, seit gestern waren die Zufuhren jedoch sehr gering und es würde sehr gern 6 1/12 angelegt worden sein, wenn sich Abgeber dazu gezeigt hätten. Die Vorräthe am Platze sind so unbedeutend, daß eine kleine auswärtige Bestellung eine bedeutende Steigerung hervorrufen würde. Auf Lieferung pro März und April zeigen sich einige Reflektanten, es können aber nur sehr wenig Geschäfte zu Stande kommen, weil Inhaber auf zu hohe Preise halten.

Rüböl bleibt gut zu lassen, einiges ist eine Kleinigkeit über 15 Rthlr. bezahlt worden, und jetzt ist willig 15 Rtl. zu bedingen.

Der Handel in Zink war in dieser Woche beträchtlich, die Preise haben wesentlich angezogen und zuletzt wurde für loco-Waare 4 Rthl. 16 Sgr. bezahlt. Die Vorräthe am Platze sind wesentlich zusammen gegangen, wenn also ein bedeutender Auftrag ausgeführt werden sollte, müßten die Preise merklich höher gehen.

Die Militär-Werkstätten.

Erwiderung auf das Promemoria des Herrn Kriegsministers v. Strotha.

Der in der zweiten Kammer bestehenden Gewerbe-Kommission wurde bei Gelegenheit einer längern Berathung über die von den Handwerkern so vielfach gestellte Forderung: „Die Abschaffung der Militär-Werkstätten" betreffend, vom Herrn Kriegsminister v. Strotha ein Promemoria überreicht, welches den Fortbestand der Militär-Werkstätten aus mehreren Gründen beantragt.

1) Der Herr Kriegsminister vergleicht die Anfertigungskosten nach dem Etat und nach den Forderungen der Gewerke, und berechnet, daß, im Fall die gedachten Werkstätten beibehalten werden, eine Ersparniß von 224,736 Rtlr. 10 Sgr. 6 Pf. eintritt, die sich mit Hinzurechnung der Gegenstände, in Bezug auf welche ein derartiger Vergleich noch nicht hat stattfinden können, auf 250,000 Rtlr. belaufen würde. Hierzu treten noch auf Grund eines besonderen Sparsystems (nach dem Regulativ vom 16. April 1816) 32,640 Rtlr. 18 Sgr. — so daß im Ganzen für den Staat eine Mehr-Ausgabe von 282,640 Rtlr. 18 Sgr. eintritt; sobald die betreffenden Arbeiten von Civil-Handwerkern gefertigt werden sollen. Eine nicht unbedeutende Ersparniß! Es fragt sich aber, ob sie eine natürliche oder nur eine künstliche, auf Kosten der Handwerker ist. Wir entscheiden uns für das Letztere und zwar aus folgenden Gründen.

Der Soldat als Arbeiter in der Militär-Werkstatt, erhält gleich jedem andern Soldaten, Kleidung, Wohnung, Holz, Licht, Brot, Wäsche und Traktament; der Lohn für seine Arbeit ist ihm somit nur ein Nebenverdienst, und zwar so karg zugemessen, daß nur militärische Disziplin vermögend ist, ihn für diesen Preis zum Arbeiten zu nöthigen. Das wird dadurch zur Genüge bewiesen, daß eben der Civil-Handwerker, der nicht wie Jener steuerfrei ist, und Alles von seinem Verdienst beschaffen muß, für solchen Lohn nicht arbeiten kann. Zu dem Lohne, den der Soldat als Arbeiter empfängt, rechne man nun die Kosten für seine Kleidung, Holz, Licht, Wäsche u. s. w. dazu, so wird man finden, daß jene sogenannte Ersparniß mehr als hinlänglich aufgewogen wird. Aber, wird man uns entgegnen, diese Kosten für Kleidung, Holz, Traktament u. s. w. müssen ja doch für den Soldaten bezahlt werden, gleichviel, ob er in den Militär-Werkstätten arbeitet oder nicht. Darin scheint uns eben der Trugschluß zu liegen. Der Handwerker-Soldat nämlich tritt, sobald er einexerzirt ist, in die Militär-Werkstatt ein, und wird bis auf 4 oder 5 Fälle im Jahre vom Dienst befreit, ist also für den Dienst entbehrlich, kann mithin — schließen wir weiter — nach der Exerzierzeit entlassen werden (nur im Nothfall wird er eingezogen), da er ja doch keinen Dienst thut; jene von uns erwähnten nicht unbedeutenden Kosten für Kleidung u. s. w. werden also erspart und fallen selbstredend dem Civil-Handwerker zu, der dann recht gut die gedachten Arbeiten fertigen kann, ohne daß es dem Staate auch nur Einen Pfennig mehr kostet.

Auf den zweiten Einwand des Herrn Kriegsministers, daß in kleineren und mittleren Städten die Ertheilung an die Gewerke unmöglich sei, erwidern wir: Es giebt keinen Ort, in dem nicht solche Handwerker in hinlänglicher Anzahl vorhanden wären, welche in Bezug auf Masse und Beschaffenheit dieser Gegenstände vollkommen Genüge leisten können. Im Gegentheil, der Handwerker giebt es im Verhältniß zur Einwohnerzahl überall zu Viele. Garantien durch Innungen aber können ebenfalls aller Orten geleistet werden.

Drittens fürchtet der Herr Kriegsminister, könnten den Kommunen in größern Städten Lasten erwachsen, wenn die zur Anfertigung der erwähnten Arbeiten herangezogenen Gesellen bei irgend einer Veränderung der Garnison keine Beschäftigung mehr fänden, und die Kommune sie unterstützen müßte. Wir können auch diese Befürchtung nicht theilen. Wegen Ueberzahl der Gewerbetreibenden ist jetzt schon die Klage über Mangel an Beschäftigung hinlänglich begründet, später wird diese Klage noch lauter werden, da zum Betrieb eines Gewerkes nur die Prüfung erforderlich sein, und die Gewinnung des Bürgerrechts wegfallen, mithin die Zahl der selbstständigen Gewerbetreibenden sich noch mehren wird, so daß auch bei vermehrter Arbeit die Heranziehung von Gesellen in keiner Weise befürchtet zu werden braucht.

Der vierte Einwand des Herrn Kriegsministers, daß bei etwaigem Aufschwung der Gewerke die von ihm angeführten Preise noch zu niedrig sein dürften, bedarf kaum der Widerlegung, da leider zu einer Verbesserung unserer Lage keine Aussicht ist. Auch die Besorgniß, als könnten vielleicht die eingegangenen Verpflichtungen nicht gehalten werden, und die Arbeiten der Tüchtigkeit ermangeln, muß schwinden. Man wird dem Handwerkerstande hoffentlich dieselbe Ehrenhaftigkeit einräumen, wie jedem andern Stande, und wenn der Handwerker als Soldat etwas Tüchtiges leistet, so wird er es auch, wenn er nicht Soldat ist.

Der fünfte Einwand, das Sparsystem und die Entlassung der Soldaten betreffend, ist bereits von uns sub 1) widerlegt.

Die Bedenken unter Nr. 6 betreffen unser Handwerk insbesondere. Der Herr Kriegsminister findet eine besondere Garantie in Bezug auf das Material zum Schuhwerk darin, daß es von Militär in Masse beschafft wird. Aber in Masse werden es ja auch die Innungen beschaffen, und man wird uns doch einräumen, daß ein Innungsvorstand, in welchen nur die tüchtigsten Meister gewählt werden, Einkäufe mit größerer Sachkenntniß machen kann, als ein Oekonom-Capitain d'armes als Nichtkenner, wenn auch in Begleitung von Sachkennern. Die Behauptung, daß die bedeutenden Arbeiten bei Mobilmachung am besten durch Handwerker-Soldaten beschafft würden, können wir auch nicht als billig anerkennen, denn bleibt der Handwerker bis zum Ausmarsch beim Gewerk, so fertigt er eben so viel wie als Handwerker-Soldat, der Dienst aber leidet keinen Nachtheil, denn so lange derselbe als Handwerker in den Militär-Werkstätten arbeitet, ist er ja, wie bereits gesagt, des Dienstes enthoben.

Was nun schließlich die traurigen Erfahrungen aus jener Zeit betrifft, in welcher dieser Bedarf von Civil-Handwerkern geliefert wurde, so berühren diese eine Zeit vor länger als 33 Jahren; wir können sie also hier mit Stillschweigen übergehen. Als Haupt-Bedingungen für den Fall der Uebertragung dieser Arbeiten an Gewerke sind unter andern sub b) angeführt: Eine Militär-Controle während der Arbeit und zur Zeit der Ablieferung. Wir halten die letztere für genügend, die erstere in manchen Fällen für unausführbar, am besten kann sie von den Innungen ausgeführt werden. Sub c) „das Zuschneiden des Materials erfolgt durch die Truppen, um Unterschleif zu verhüten." Die beste Garantie liegt auch hier in der, dem Handwerkerstande nicht abzusprechenden Ehrenhaftigkeit und in den Innungen.

Wir glauben durch Vorstehendes einer dringenden Pflicht gegen unser und die übrigen betreffenden Gewerke genügt und die Bedenken des Herrn Kriegsministers widerlegt zu haben.

Wenn wir noch hinzufügen, daß in Militär-Schuhmacher-Werkstätten sehr oft auch für Offiziere, Familien der Militärs und Publikum Arbeit gefertigt wird, daß in Militär-Auktionen, z. B. in Groß-Glogau 2000 Paar Stiefeln öffentlich versteigert, so wie häufig ganze Partien zum Nachtheil der Handwerker verkauft werden, so wird man unsere Forderung um so mehr gerechtfertigt finden. **Es ist ein Akt der Gerechtigkeit und Billigkeit, daß der so oft und allgemein ausgesprochenen Forderung der Handwerker „die Aufhebung der Militär-Werkstätten" betreffend, endlich nachgegeben wird.** Breslau, den 1. November 1849.

Die Schuhmacher-Innung.

ten werden kann, zu welchem Zwecke das Börsenlokal als geeignet, genügend anerkannt worden ist.

Breslau, den 27. Oktober 1849.

Das Comité der Korn- und Produkten-Börse.

Diejenigen Kaufleute, Gewerbtreibenden und Makler, denen eine Verbesserung und Regulirung unseres, durch Willkürlichkeiten jeder Art schwer benachtheiligten Produktengeschäfts am Herzen liegt, haben sich durch Unterschrift zur Theilnahme an den täglichen Börsenversammlungen von 7—10 Uhr Morgens im Börsenlokale am Blücherplatze in der Art verpflichtet, daß sie fortan nur in diesem Lokale Einkäufe von Produkten machen, dagegen den Neumarkt zu diesem Behufe nicht mehr besuchen, noch durch ihre Commis beschicken lassen.

C. T. Löbbecke und Comp. Ruffer und Comp. Eichborn und Comp. J. Molinari und Söhne. J. A. Frank. Friedr. Friedenthal. Karl Ertel. Beyer und Comp. B. Simon u. A. Jakobi. H. Müller und Schlarbaum. Kanold und Comp. Braun und Comp. Moritz Werther und Sohn. Karl Krull. L. Milch. N. P. Nathan. Louis Lewy. B. Wollheim. E. A. Wedel. H. Bruck. Heinrich Frommberg. John und Beyer. A. Eckersdorff. B. Poppelauer. C. G. Kopisch. Louis Liebermann. Gebr. Lewy und Comp. Louis Freund. B. Frank. S. Lion. Am. Bloch. L. Fränkel. H. Schidlower. Nathan Ring. A. Bial. S. Goldstücker. W. Schiff. Louis Frank u. Comp. Bernh. Guttmann. Aug. M. Fraustädter. Jakob Schneider. Eduard Neuberg. Heinrich Friedländer. Louis Schäfer. Adolph Cohn. Adolph Hamburger. B. Treuenfels. M. Sochaczewsky. R. Triest. Leopold Freund. Herrm. Horrwitz. Franz Jung. Aug. Agath. Wilh. Otto. D. Rosenfeld. Rösler sen. Rösler jun. G. Schindler. Schmutterer. F. Schindler. E. Böhm. Ludewig. G. Lummert. B. Neumann. S. Lachs. Heinrich Pick. G. D. Wiener. B. Neuländer. B. Mannheimer. B. H. Lewy. W. Hertz. Louis Jaschkowitz. Leopold Sachs. M. Deutsch. J. Orgler. M. J. Henschel. A. Schneider. Adolph Reisner. Louis Lissa. Moritz Heymann. Karl Zadek. S. Alexander.

51 Unterschriften derjenigen, die sich bereits früher zu der Theilnahme an der Korn-Produktenbörse verpflichteten.

Theater-Nachricht.

Sonntag. 32ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. **„Der Templer und die Jüdin.“** Große Oper mit Tanz in 3 Akten, Musik von Heinrich Marschner.

(Für heute: Einlaß 5½ Uhr. Anfang 6½ Uhr.)

Montag. Bei aufgehobenem Abonnement. **Zum Benefiz für Herrn Regisseur Baumeister.** Zum ersten Male: **„Martin, der Findling.“** Dramatisches Gemälde in 5 Abtheilungen und 7 Akten, nach dem Französischen des Eugen Sue frei bearbeitet von Ludwig Meyer. — Erste Abtheilung: **„Die Satansbrut“**, in 1 Akt. Personen: Graf Duriveau, Hr. Keller. Vicomte Scipio, sein Sohn, Hr. Hiltl. Regina von Noirlieu, seine Mündel, Frln. Heyne. La Levrasse, ehemals Direktor einer Seiltänzergesellschaft, jetzt Spielwaarenhändler unter dem Namen La Fressure, Hr. Kläger. Leonidas Hayfisch, ehemals dessen Bajazzo, jetzt sein Gehülfe, Hr. Stotz. Claude Gerard, Schulmeister zu Vielleville, Hr. Laddey. Martin, sein Pflegesohn, Hr. Guinand. Bamboche, Hr. Baumeister. Dechamp, Gastwirth zu Simencourt, Hr. Mosewius. Mlle. Honnoré, Regina's Kammerfrau, Frln. Schneider. Gregoire, ein junger Bauer, Hr. Schöbel. Perrine, Frau Baumeister. — Zweite Abtheilung: **„Schurkerei und List“**, in 1 Akt. Personen: Graf Duriveau, Hr. Keller. Vicomte Scipio, Hr. Hiltl. Regina von Noirlieu, Frln. Heyne. La Levrasse, Hr. Kläger. Leonidas, Hr. Stotz. Basquine, Frln. Schwelle. Bamboche, Hr. Baumeister. Martin, Hr. Guinand. Ein Diener des Vicomte, Hr. Stephan. — Dritte Abtheilung: **„Ein Opfer der Liebe“**, in 1 Akt. Personen: Graf Duriveau, Hr. Keller. Regina von Noirlieu, Frln. Heyne. Vicomte Scipio, Hr. Hiltl. Martin, Hr. Guinand. Basquine, Frln. Schwelle. Perrine, Frau Baumeister. Leonidas, Hr. Stotz. Ein Diener des Grafen Duriveau, Hr. Puschmann. Ein Diener des Vicomte, Hr. Stephan. Mlle. Honnoré, Frln. Schneider. — Vierte Abtheilung: **„Im Irrenhause“**, in 3 Akten. Personen: Graf Duriveau, Hr. Keller. Vicomte Scipio, Hr. Hiltl. Regina von Noirlieu, Frln. Heyne. Basquine, Frln. Schwelle. Bamboche, Hr. Baumeister. Perrine, Frau Baumeister. Claude Gerard, Hr. Laddey. Martin, Hr. Guinand. Doktor Duval, Hr. Knebel. La Levrasse, Hr. Kläger. Leonidas, Hr. Stotz. Ein Wärter im Irrenhause des Doktor Duval, Hr. Zimmermann. Ein Kutscher, Hr. Simon. Ein Diener, Hr. Stephan. — Fünfte Abtheilung: **„Die Feuerprobe“**, in 1 Akt. Personen: Graf Duriveau, Hr. Keller. Vicomte Scipio, Hr. Hiltl. Regina von Noirlieu, Frln. Heyne. Basquine, Frln. Schwelle. Bamboche, Hr. Baumeister. Martin, Hr. Guinand. Claude Gerard, Hr. Laddey. La Levrasse, Hr. Kläger. Leonidas, Hr. Stotz. Annette, Dienerin im Schlosse St. Géran, Frln. Rupricht.

F. z. ⊙ Z. 6. XI. 6 U. R. □ I.

Verlobungs-Anzeige.
(Statt jeder besonderen Meldung.)

Als Verlobte empfehlen sich Freunden und Verwandten:

Bertha Epstein.
Louis Ebstein.

Reinersdorf und Roland, 30. Okt. 1849.

Als Verlobte empfehlen sich:
Agnes Ohrenstein aus Sowade.
Joseph Danziger aus Nicolai.

Verbindungs-Anzeige.

Unsere am 30. Oktbr. in Karlsruhe O. S. vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir Verwandten und Freunden hiermit ergebenst an.

Karlsruhe O. S., den 3. Novbr. 1849.

Kühtz, Prediger an der k. Strafanstalt zu Sagan.
Ida Kühtz, geb. Muschner.

Franz. od. ital. Conversation u. Grammatik lehrt für sehr mäßiges Honorar A. Marochetti, Lektor an der königlichen Universität, Schmiedebrücke Nr. 67, dicht am Ringe.

Todes-Anzeige.

Nach 3wöchentlichem Krankenlager ist uns heut unsere heißgeliebte Tochter Mathilde, in ihrem fast vollendeten achten Lebensjahre durch den Tod entrissen worden. Diese traurige Anzeige widmen wir entfernten Verwandten und Freunden mit der Bitte, unseren grenzenlosen Schmerz durch stille Theilnahme zu ehren.

Alt-Grottkau am 1. November 1849.

Dr. Berkowitz nebst Frau.

Todes-Anzeige.

Heute Nachmittag um 4¼ Uhr verschied nach viermonatlichen schweren Leiden unser theurer, inniggeliebter Gatte und Vater, Karl Gottlieb Hoffmann, Pastor zu Freiburg unterm Fürstenstein. Im tiefsten Schmerze widmen wir diese Anzeige unseren Verwandten und Freunden, statt jeder besonderen Meldung, um stille Theilnahme bittend.

Freiburg, den 2. November 1849.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Sowohl unserm vollständigen
Musikalien-Leih-Institut,
als auch der reichhaltigen deutschen, französischen und englischen
Lesebibliothek
können täglich neue Theilnehmer unter d. **billigsten Bedingungen** beitreten.
F. E. C. Leuckart in Breslau,
Kupferschmiedestr. 13, Schuhbrück-Ecke.

Medizinalrath Dr. Schmalz

aus Dresden, wird
vom 8. bis 11. November in **Görlitz**
(zum Hirsch),
vom 12. bis 14. November in **Bunzlau**
(zum Kronprinzen)
sein, und bei dieser Gelegenheit
Gehör- und Sprach-Kranken
Rath ertheilen (10 bis 1 Uhr).

Flehende Bitte!

Bei jetzt so kummervoll nahrloser Zeit bittet (so schwer es ihm fällt) ein ohne sein Verschulden, bei stets guten Führungs-Attesten, und sehr guten Empfehlungen, armer brotloser Familienvater — durch herbe Schicksale hart heimgesucht, an dem Krankenbette seiner schon lange kranken Frau und Kind, ohne Hülfe, Arbeit und verlassen — ein menschenfreundliches Publikum von hier und auswärts, ihm bald hülfreich mit Beschäftigung im Schreiben und dergl., aber am liebsten mit einer festen Broterwerbs-Stellung zum Unterhalte der Seinigen freundlichst zu nahen, Jedwedem hülfreichen Auftrage bei pünktlicher als korrekter Ausführung, harret in Demuth entgegen R. K. am Neumarkt Nr. 39, eine Stiege, hinten heraus.

Eine **Wirthschafterin**, mit guten Zeugnissen versehen, sucht bald oder zum Neujahr ein anderweitiges Engagement. Näheres ertheilt Herr Bäckermeister **Gaffling**, Neuschestraße Nr. 36.

Eine Familie auf dem Lande sucht ein junges Mädchen, welches die Landwirthschaft erlernen oder auf dem Lande leben will. Das Nähere auf portofreie Briefe poste restante F. R. Ottmachau.

Ein Rittergut,

8 Eisenbahnstunden von Breslau, 1500 Mrg. lauter Weizenboden, Schloß, massiven Gebäuden, vollem Einschnitt, Bestellung, Inventar und Möbeln, soll für 50,000 Rthlr., mit 10—15,000 Rthlr. Anzahlung, sofort verkauft werden. Meldungen von Selbstkäufern empfängt unter Zeichen T. G. die Handlung von **C. E. Beyer**, Albrechts-Straße Nr. 40.

Zu Rockfutter

für Herren ist jetzt das Neueste: grauer und schwarzer großgelockter Plüsch, welcher dem Pelzfutter täuschend ähnlich, sehr wärmt und elegant aussieht. Ich habe davon eine neue Sendung bekommen, und empfehle diese nächst meinem Lager neuer Lama's.

Emanuel Hein, Ring 27,
neben dem goldenen Becher.

Ein guter eiserner Koch- und Bratofen mit Messingknöpfen steht zum billigen Verkauf Friedrich-Wilhelmsstr. Nr. 66.

Buchhandlung Ferd. Hirt in Breslau (Ring Nr. 47.)

Verlag von Gebr. Reichenbach in Leipzig und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Breslau** vorräthig bei **Ferdinand Hirt** (Naschmarkt Nr. 47), in Ratibor bei A. Keßler, in Krotoschin bei A. E. Stock:

Die Mörder Wallensteins.

Historischer Roman von C. Herlossohn.

2. Auflage. 3 Bde. 1849. 2¼ Rtl.

Die Liter. Gazette vom 7. März 1849 sagt in einer ausführlichen Rezension: Dieser höchst anziehende Roman gehört zu den wirksamsten und an dramat. Effekten reichsten historischen Romanen, welche jemals in Deutschland geschrieben wurden. Man kann denselben mit Recht dem besten Werke W. Scotts und den glänzendsten Erzeugnissen James an die Seite stellen:

Im Preise wurden ermäßigt:

Heller, R. Der Prinz von Oranien. Histor. Roman. 3 Bde. Früher 4½ Rtl. jetzt 1½ Rtl.

Heller, R. Die Kaiserlichen in Sachsen. Histor. Roman. 2 Bde. 1845. Früher 2¾ Rtl. jetzt 1 Rtl.

Dornau, J. Die dunkeln Rosen. Roman aus der Zeit der französischen Revolution. 3 Bde. 1845. Früher 3½ Rtl. jetzt 1½ Rtl.

Holland's Lucretia oder das Opfer der Freiheit. Histor. Roman. 2 Bde. 1845. Früher 1½ Rtl. jetzt 12 Sgr.

Varnhagen v. Ense. Gallerie von Bildnissen aus Rahels Umgang und Briefwechsel. 2 Bde. Früher 2⅔ Rtl. jetzt 1 Rtl.

K. L. v. Knebel's liter. Nachlaß und Briefwechsel. Herausgeg. von Varnhagen v. Ense und Th. Mundt. 3 Bde. Früher 4½ Rtl. jetzt 1½ Rtl.

Bei **Ferdinand Hirt** in **Breslau** (Naschmarkt Nr. 47), A. Keßler in Ratibor, A. E. Stock in Krotoschin, L. Heege in Schweidnitz, Ziegler in Brieg, Flemming in Glogau, so wie in allen andern Buchhandlungen ist zu haben:

Zur Erhaltung der Gesundheit ist das für jeden Familienvater schätzbare Buch zu empfehlen:

Die achte 4000 Exemplare starke Auflage von

500 der besten Hausarzneimittel

☞ gegen 159 Krankheiten der Menschen,

als: **allgemeine Gesundheitsregeln,** ferner **Hausmittel** gegen Husten, — Schnupfen, — Kopfweh, — Magenschwäche, — Magensäure, — Magenkrampf, — Diarrhöe, — Hämorrhoiden, — Hypochondrie, — trägen Stuhlgang, — Gicht und Rheumatismus, — Engbrüstigkeit, — Schwindsucht, — Verschleimung, — Harnverhaltung, — Kolik, — Wassersucht, — Skrophelkrankheiten, — Augenkrankheiten, — Ohnmacht, — Schwindel, — Ohrenbrausen, — Taubheit, — Herzklopfen, — Schlaflosigkeit, — Hautausschläge; — nebst Anweisung, wie man einen schwachen Magen stärken kann, die Wunderkräfte des kalten Wassers und Hufelands Haus- und Reise-Apotheke.

Achte Auflage. Preis 15 Sgr.

☞ Ein Rathgeber dieser Art sollte billiger Weise in keinem Hause, in keiner Familie fehlen, man findet darin die wirksamsten und wohlfeilsten Hausmittel gegen die obigen Krankheiten, womit doch der Eine oder der Andere zu kämpfen hat, oder mindestens durch dieses Buch guten Rath seinen leidenden Mitmenschen geben kann.

Zur gesellschaftlichen Belustigung ist zu empfehlen:

Carlo Bosco, das Zauberkabinet, oder das Ganze der Taschenspielerkunst,

enthaltend: 110 Wunder erregende Kunststücke durch die natürliche Zauberkunst, mit Karten, Würfeln, Ringen, Kugeln, Geldstücken, 19 Kartenkunststücke und 68 arithmetische Belustigungen 2c. Zur gesellschaftlichen Belustigung mit und ohne Gehülfen auszuführen. Vom Professor Kerndörfer. Sechste Aufl. Broch. 20 Sgr.

Bei **Ferdinand Hirt** in **Breslau** (Naschmarkt Nr. 47), A. Keßler in Ratibor und A. E. Stock in Krotoschin sind zu haben:

Der neueste vollständigste

Universal-Gratulant

in allen nur möglichen Fällen des Lebens, oder Gelegenheitsgedichte zum neuen Jahre, zu Namens- und Geburtstagen, zur silbernen und goldenen Hochzeitfeier, zu allen andern häuslichen Festen, sowie Todtenkränze 2c. Für jeden Rang und Stand. Gesammelt und herausgegeben von Ludwig. Zweite vermehrte Auflage. 8. Geh. 12½ Sgr.

Neuester und vollständigster

Briefsteller für Liebende.

Eine Sammlung von Musterbriefen für alle Fälle und Verhältnisse, welche bei Liebenden eintreten können. Dritte verbesserte Auflage. 8. Geh. Preis 10 Sgr.

Es ist nicht Jedermanns Sache, einen guten Brief zu schreiben; daher Rathgeber in dieser Beziehung stets Bedürfniß gewesen sind und bleiben werden. Vielen, die in die Lage kommen, einen Brief an geliebte Personen schreiben zu müssen, fehlt es zwar nicht an Stoff, aber sie besitzen nicht die Gewandtheit, ihre Gedanken in guter Form zu Papier zu bringen. Für Solche ist dieser Briefsteller besonders bestimmt.

P. F. Lembert:

Neue Polterabend-Scherze.

Eine Sammlung von dramatischen Polterabend-Scenen, Dialogen, Anreden und Gedichten, so wie einige Strohkranzreden. Dritte, sehr vermehrte Auflage. 8. Geh. Preis 12½ Sgr.

Es dürfte wohl keine Schrift vorhanden sein, welche eine so reichhaltige Auswahl für alle vorkommenden Fälle darböte, als die vorstehende. Namentlich ist diese dritte Auflage bedeutend vermehrt worden.

In Baumgärtner's Buchhandlung zu Leipzig ist soeben erschienen und an alle solide Buchhandlungen versendet worden:

Readings for the Young
from Sir Walter Scott.

Mit erklärenden und sprachwissenschaftlichen Noten und einem Wörterbuche. Mit einem Titelkupfer. Scotts Portrait. 8. broch. 18 Sgr.

In Breslau vorräthig bei A. Schulz u. Comp., Altbüsserstraße Nr. 10, an der Magdalenen-Kirche.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Dem § 54 des Gesellschafts-Statuts gemäß werden:

a) die Baurechnungen nebst Belägen über die Verwendung von 13⅓ Millionen Thalern Actien-Kapital,

b) die Betriebsrechnungen nebst Belägen für die Jahre 1845, 1846 u. 1847

vom 22sten d. M. ab auf 6 Wochen in der Hauptkasse auf dem hiesigen Bahnhofe der Gesellschaft zur Einsicht eines jeden Actionairs derselben ausgelegt sein. Wenn alsdann innerhalb 14 Tagen nach der Auslegung, also bis zum 17. Dezember d. J., keine Erinnerungen der Actionaire gegen diese Rechnungen bei der Direktion oder dem unterzeichneten Verwaltungsrathe eingehen, so werden wir über dieselben der Direktion Decharge ertheilen. Berlin, den 13. Oktober 1849.

Der Verwaltungs-Rath der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Leipziger Kunst-Auktion.

Durch alle Buch- und Kunsthandlungen, in Breslau durch die Buchhandlung Josef Max und Comp., ist von Unterzeichnetem zu beziehen:

Verzeichniß von mehreren gut gewählten Sammlungen von Kupferstichen, Radirungen, Handzeichnungen, Kupferwerken ꝛc. meist aus Nachlassen von Künstlern und Kunstfreunden, welche den 26. November d. J. zu Leipzig gegen baare Zahlung öffentlich versteigert werden.

Rudolph Weigel.

(Vom Rhein, 11. Septbr.) Der „Baunscheidtismus“ oder die natürliche blut- und fast völlig schmerzlose Heilwirkung des von dem Erfinder Herrn Mechanikus Karl Baunscheidt zu Endenich so benannten „Lebenswecker“ verbreitet sich in auffallender Weise, sowohl in der Menschen- als Thierheilpraxis, und woher anders, als lediglich durch die überraschenden Resultate, die das äußerst sinnreiche, auf praktische und wissenschaftlich technische Gediegenheit basirte Instrument so mannigfach liefert. So beseitigt es z. B. das schmerzvollste rheumatische Uebel meistens in 5 Minuten, und ergötzt den Patienten dadurch um so mehr, wenn er, wie es meistens der Fall ist, eine sonderbar gepriesene Rheumatis-Kette erfolglos ein halbes Jahr und länger am Körper getragen hat. Im Nervenfieber und der Gehirnentzündung, wo gewiß keine Zeit zu verlieren, ist die Ableitung augenblicklich geboten, und von Heilung der Lähmungen nach Schlagfluß, hat das Instrument seinen Namen. Die Mundklemme wurde sofort dadurch kurirt. Geschwülste und alte verdächtige Verhärtungen wurden in jüngster Zeit an Menschen und Pferden vielfach durch den „Lebenswecker“ geheilt, und zwar so, daß der Krankheitsstoff radikal ausgetrieben wird. Spanische Fliegen und Senfteige werden als Ableitungsmittel nicht länger mehr nöthig sein. Jeder Tag giebt zu neuen Versuchen Gelegenheit. (Elberf. Ztg.)

Auf Vorstehendes bezugnehmend, bringe ich hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß mir der Allein-Debit der Baunscheidt'schen Erzeugnisse ꝛc. übertragen ist, und offerire demnach obenerwähnte Lebenswecker à 4 Rtl. (desgl. für Thierheilkunst zum Heilung beim Spath, bei Buglähmungen, Kummetgeschwülsten ꝛc. der Pferde 3 Rthlr.). Blutegel-Instrumentchen, auch gegen Zahnschmerzen besonders wirksam, 2 Rtl. Milchsauger gegen schlimme Brüste (bereits hier in Breslau mit dem glänzendsten Erfolge in sehr kritischen Fällen angewandt) à 24 Sgr. Für die Bedeutsamkeit des Lebensweckers spricht wohl am klarsten der Umstand, daß sich dieses Instrument bereits in den Händen fast aller Aerzte, sowohl Allöopathen als Homöopathen des westlichen Deutschlands befindet, und von ihnen in zahlreichen Krankheitsfällen angewandt wird.

Robert Steiner in Breslau, Mauritiusplatz Nr. 7.

Der Ausverkauf von Modewaaren

wird Ring Nr. 60, Ecke der Oderstraße, zu auffallend billigen Preisen fortgesetzt.

Den Umtausch der Friedr.-Wilh.-Nordbahn-Certifikate

gegen Original-Aktien, sowie die Realisirung der darauf haftenden 4% Zinsen besorgen gegen billige Provision: **Gebr. Guttentag.**

Damen-Mäntel und Bournusse,

eben so geschmackvoll als modern angefertigt empfiehlt in großer Auswahl und zu billigen Preisen:

Joseph Prager,
8. Ohlauer Straße Nr. 8.

Eröffnung der neuen Restauration, Ring Nr. 15.

Einem hochgeehrten Publikum zeige ich hiermit zufolge meiner am 1sten d. M. erlassenen Anzeige ergebenst an, daß ich heute meine neu eingerichtete Restauration eröffnet habe und bitte daher um zahlreichen Besuch. Für gute Speisen und Getränke, so wie für gute Bedienung ist Sorge getragen, und hoffe daß die mich beehrenden Gäste werden zufrieden gestellt werden.

Letzner.

Unser Lager fertiger Damen-Mäntel, Burnusse, Visites und Mantelets, sowie aller Arten Weißwaaren, als: Stickereien, Tüll und Spitzen, Nealige-, Möbel- und Gardinenstoffe, Roßhaar-, Reif- und Stepp-röcke ist jetzt durch neue Sendungen auf das Vollständigste assortirt, und empfehlen wir solches zur gütigen Beachtung.

Jungmann Gebrüder,
Naschmarkt Nr. 52, Stockgassen-Ecke.

Stralsunder Spielkarten.

Die Hauptniederlage der neueren, durch ihr ausgezeichnetes Fabrikat schon rühmlichst bekannten Spielkartenfabrik

Diekelmann und Comp. in Stralsund

empfiehlt ihr vollständig assortirtes Lager aller Sorten Spielkarten an Consumenten als Wiederverkäufer, letzteren unter Berechnung des möglichst höchsten Rabatt.

Breslau, im November 1849. **J. D. Wedlich,**
Schweidnitzer Straße im blauen Bär.

Wollene Vigogne-Jacken,

Unterbeinkleider für Damen und Herren (Perlhose), Strümpfe und Socken in reiner Wolle, besonders empfehle ich die neu erfundenen Leibbinden (elastische) auf bloßem Körper tragend.

Herrmann Littauer,
Nikolai-Straße Nr. 15, dicht an den drei Königen.

Bekanntmachung.

Der Schiffsknecht Heinrich Wilhelm Rolle ist in der öffentlichen Sitzung vom 24. Oktober c. nach der mündlichen Verhandlung der thätlichen Widersetzlichkeit gegen Wachtmannschaften für schuldig erachtet und mit einer dreimonatlichen Gefängniß-Strafe belegt worden. Dieses Urtel wird dem durch Edictalien vorgeladenen, im Termine nicht erschienenen Angeklagten mit dem Bedeuten bekannt gemacht, daß nach Ablauf der vierwöchentlichen Restitutionsfrist die Strafe vollzogen werden wird.

Breslau, den 25. Oktober 1849.
Königl. Stadt-Gericht.
Abtheilung für Strafsachen.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Tauenzienstraße Nr. 38 belegenen, dem Partikulier Julius Haude gehörigen, auf 19054 Rtl. 24 Sgr. 10 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf **den 10. April 1850,** Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtger.-Rath Schmiedel in unserm Parteienzimmer, Junkernstraße 10, anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 6. Septbr. 1849.
Königl. Stadtgericht. Abtheilung I.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hierselbst Neumarkt Nr. 23 und Sandstraße Nr. 18 belegenen, dem ehemaligen Gutsbesitzer Joh. Herrmann Louis Käser gehörigen, auf 8085 Rthlr. 26 Sgr. 9 Pf. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf **den 3. Januar 1850,** Vorm. 11 Uhr, vor dem Herrn Oberlandesgerichts-Assessor Fürst in unserm Parteizimmer anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 7. Juni 1849.
Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Altbüsserstraße Nr. 25 belegenen, dem Drechslermeister Samuel Gottlieb Thiel gehörigen, auf 3202 Rthl. 12 Sgr. 4 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf **den 5. Dezember 1849, Vormittags 11 Uhr,** vor dem Herrn Stadtgerichtsrath Schmiedel in unserm Parteien-Zimmer, Junkernstraße Nr. 10, anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Termine werden die unbekannten Erben des verstorbenen Rektors an der Schule zum heiligen Geist, Michael Morgenbesser, hiermit vorgeladen.

Breslau, den 24. Juli 1849.
Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier sub Nr. 1a der Gräbschner Straße belegenen, dem Partikulier Moritz Cohn zu Oppeln gehörigen, auf 8069 Rtl. 9 Sgr. 3 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf **den 8. März 1850, Vormittags 10 Uhr,** vor dem Herrn Stadtgerichtsrath Schmidt in unserm Parteienzimmer, Junkernstraße Nr. 10, anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Termine werden
a) der Handlungsbuchhalter Adolph Rawitz
b) der Agent Selig Heimann
hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 30. Juli 1849.
Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe der hier sub Nr. 5 und Nr. 6 auf dem Weidendamme belegenen, dem Holzhändler Johann Karl Scholtz gehörigen, ersteres auf 1891 Rtl. 29 Sgr. 11 Pf., und letzteres auf 2246 Rtl. 18 Sgr. 7 Pf. geschätzten Grundstücke, haben wir einen Termin auf **den 6. Dezember 1849,** Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Obergerichts-Assessor Wendt in unserm Parteienzimmer anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 2. August 1849.
Königl. Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Höherer Bestimmung zu Folge sollen die in dem unterzeichneten Artillerie-Depot vorhandenen Gegenstände, welche zum Gebrauch bei der Artillerie nicht mehr geeignet sind und in Guß- und Schmiedeeisen, verschiedenen Schneide- und Bohrwerkzeugen, Feilen, Tauen, Stricken, Reitzeugstücken ꝛc. bestehen, öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Es ist hierzu ein Termin auf **den 7ten November d. J.** Vormittags um 9 Uhr, im Sandzeughause auf der Sandstraße, angesetzt und werden Kauflustige dazu mit dem Bemerken hierdurch eingeladen, daß der Kaufpreis nach erfolgtem Zuschlage sogleich baar erlegt werden muß.

Breslau, den 20. Oktober 1849.
Königliches Artillerie-Depot.

Nothwendiger Verkauf.

Die Wassermühle Nr. 31 und das Ackerstück Nr. 90 zu Auras, Fischergasse, dem Müller Benjamin Boffrei gehörig, und abgeschätzt nach dem Materialwerthe auf 1132 Rthlr. 12 Sgr. 6 Pf., nach dem Nutzungsertrage auf 2199 Rthlr. 10 Sgr., zu Folge der nebst Hypothekenschein in unserer Registratur einzusehenden Taxe soll **den 10. Dezember d. J.,** Vormittags um 11 Uhr, an hiesiger Gerichtsstelle subhastirt werden.

Wohlau, den 10. August 1849.
Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

Freiwilliger Gutsverkauf.

In Folge wiederholter Anfragen mache ich hierdurch nochmals bekannt, daß der auf den 8. d. Mts. Vormittags 10 Uhr anberaumte Termin zum freiwilligen Verkauf des Rittergutes Schönwalde, hiesigen Kreises, im Umlauf'schen Hôtel hier abgehalten werden wird.

Frankenstein, den 1. November 1849.
Der Königliche Rechts-Anwalt und Notar **Rüppell.**

Auktion.

Am 5. Nov., Vorm. 9 und Nachm. 2 Uhr, in Nr. 1 Ohlauer Straße: Fortsetzung der Kaufm. Lerch'schen Auktion. Es werden vorkommen: Doppelflinten, Büchsflinten, Büchsen, Doppel- und einfache Pistolen, Terzerols, eine Partie Doppelflintenläufe, Flintenschlösser und Garnituren, ferner eine große Partie Jagdrequisiten und Munition, so wie eine nicht unbedeutende Partie ausgestopfter Thiere und Thongegenstände aus der Steinauer Fabrik. **Mannig,** Aukt.-Kommiss.

Auktion.

Den 21. November d. J. Vormittags von 10 Uhr ab und event. den folgenden Tag werden im herrschaftlichen Schlosse zu Ober Borin verschiedene sehr schöne Mahagoni-Möbel, als: 1 Schreibsekretär, 1 Flügel, 1 Fortepiano, 5 Glas-, 2 Kleiderschränke, 1 Wäschschrank, 7 Sopha, 2 Divans, 2 Buffets, 12 Tische, 4 Rollsessel, 8 Stühle, 2 Kommoden, 6 Trumeaux, ferner: 4 Doppelgewehre, 2 Uhren in Gestell, 1 große eiserne Kasse, 4 Bilder, 3 Lampen, 2 Kronleuchter, 1 ganzgedeckter Kutschwagen auf doppelten Druckfedern, (Victoria-Droschke), 60 Stück Mutterschafe und verschiedene Bücher gegen sofortige baare Bezahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Pleß, den 25. Oktober 1849.
Beninde,
Kanzlei-Direktor und Auktions-Kommissarius.

Kunst-Auktion.

Montag den 3. Dezember d. J. u. folgd. Tage Vormittags von 10 Uhr an, beginnt allhier zu Dresden in der Raths-Auktions-Expedition, innere Ramp-Gasse Nr. 21 erste Etage, die bereits unterm 27. März v. J. angekündigte Versteigerung **der Werner'schen Kupferstich-Sammlung** (welche die ausgezeichnetsten Kupferstichblätter aller Art und aus allen Schulen enthält), und sind die hierauf bezüglichen Verzeichnisse in den Buch- und Kunsthandlungen, so wie auf portofreie Anfrage bei Unterzeichnetem zu haben.

Dresden, im Monat Oktober 1849.
Carl Ernst Sieber,
königl. auch Stadt- und Raths-Auktionator.

Tanz-Unterricht.

Ich zeige ergebenst an, daß ich zurückgekehrt, und meinen Unterricht bereits begonnen habe. — Breslau, 3. Nov. 1849.
Arene,
königl. Universitäts-Tanzlehrer.

Anerbieten.

Ein ansehnliches Haus auf der lebhaftesten Straße Breslaus mit einem Zinsüberschuß von 4 bis 500 Rtl. ist gegen ein kleineres Haus mit Garten in einer Vorstadt, oder auch gegen ein kleines Landgütchen von 25,000 bis 30,000 Rtl. zu vertauschen. Das Nähere Hummerei Nr. 3.

Ein Landgut

in der Nähe Breslaus an der Chaussee und ohnweit der Eisenbahn von circa 200 Morgen Areal, mit einem recht logeablen Wohnhause, umgeben mit Garten, guten Wirthschaftsgebäuden, und eben solchem Inventarium ist bei einer Anzahlung von 4—5000 Rtl. zu verkaufen und das Nähere Hummerei Nr. 3 im Komptoir zu erfahren.

Apotheken-Verkauf.

Mehrere Apotheken mit größeren und kleinen Geschäften in Schlesien, der Mark Brandenburg und der Provinz Posen sind mir zum Verkauf übertragen worden und bitte ich darauf Reflektirende sich gefälligst bei mir zu melden: **J. H. Büchler,** in Breslau, Apotheker.

Wiener Elysium.

Sonntag und Montag Concert.
Entree à Person $2\frac{1}{2}$ Sgr.

Fürstensgarten.

Heute Sonntag Konzert.

Wintergarten.

Heute: **Abonnements-Konzert.**
Hiermit die ergebene Anzeige, daß mit dem 15. d. M. die Sonntags-Abonnements geschlossen werden.

Liebichs Lokal.

Heute, den 4. November: **Konzert.**

Im Glashause

heute, Sonntag den 4. Novbr. **Konzert.**
Entree für Herren 1 Sgr.

Weiß-Garten.

(Gartenstraße Nr. 16.)
Sonntag den 4. Novbr. **Nachmittag- u. Abend-Konzert,** Dienstag, den 6. Novbr. **Abend-Konzert der Philharmonie** unter Direktion des Herrn **Johann Göbel.**
Entree für Herren $2\frac{1}{2}$ Sgr.
für Damen 1 Sgr.
Anfang $3\frac{1}{2}$ Uhr. Ende 9 Uhr.

Im Reichsverweser
Montag den 5. Novbr.: Großes **Fleisch-Ausschieben** nebst **Wurst-Abendbrot,** wobei der erste Gewinn ein **junges Rindvieh** und der letzte Gewinn ein **großes Schaf** ist, wozu ergebenst einladet:
Kronberg.

Zur Tanzmusik

Sonntag den 4. Novbr. ladet ergebenst ein:
Seiffert in Rosenthal.

Schwedenschanze.

Zur **Kirmes** auf Sonntag, Montag, Dinstag, lade ich ergebenst ein und bemerke nur noch, daß der Weg jetzt gut im Stande ist, und es an guter Wurst und Gänsebraten, nebst Tanzvergnügen, nicht fehlen wird.
A. Ziegler.

Zum Wurst-Abendbrot.
Sonntag und Montag ladet ergebenst ein:
H. Päßler,
Cafetier in Pöpelwitz.

Zum **Federvieh-Ausschießen** mit Pürschbüchsen, auf Sonntag den 4. Novbr., ladet ergebenst ein: **Gabriel,**
Gastwirth zur Neuen Welt.
Für gute Büchsen ist gesorgt.

Zum Wurst-Abendbrot

und **Tanzmusik** Sonntag den 4. Nov. ladet ergebenst ein:
W. Seifert, Dom, im Großkretscham.

Montag, den 5. November,
Kränzchen im Zahnschen Lokale.
Der Vorstand.

Compagnon-Gesuch.
Zu einem seit vielen Jahren bestehenden Manufaktur-Waaren-Geschäft wird aus Gründen eingetretener Familien-Verhältnisse ein Theilnehmer gesucht. Das Nähere hierüber wird der Kaufmann **R. Walter,** in Breslau, Karlsplatz Nr. 1 die Güte haben, auf portofreie Anfragen mitzutheilen.

In einer achtbaren, gebildeten Familie finden weibliche Pensionäre mütterliche Pflege und Aufsicht. Das Nähere werden die Herren Probst Heinrich und Senior Krause bei St. Bernh. mitzutheilen die Güte haben.

Demoisells, im Putzmachen geübt, finden Beschäftigung, auch werden Lehrmädchen angenommen Kupferschmiedestraße 17 bei Ertel.

Engagements-Gesuch.

Ein junger Mann, mit den besten Zeugnissen versehen, sucht in einer hiesigen oder auswärtigen Spezerei-Handlung entweder bald oder zum 1. Januar ein Unterkommen. Darauf Reflektirende werden ersucht, ihre Adresse unter H. D. Schweidnitz, poste restante abgeben zu wollen.

Ein Freigut,

ganz nahe bei Breslau, mit lauter schwarzem Kräuterboden, ist sofort billig zu verkaufen Tauenzienstr. 70, zwei Treppen in Breslau.

Ein erfahrener **Oekonomie-Beamter,** welcher die Brennerei gründlich zu betreiben versteht und etwas polnisch spricht, kann durch mich ein Unterkommen finden.
Tralles, Messergasse Nr. 39.

Bestellungen zum Schreiben der **Firma-Schilder,** kleiner **Thürschilder** zc. in jeder Art, werden unter Zusicherung einer kalligraphischen, korrekten und sauberen Schrift durch Hrn. **Otto Meyer,** Hummerei Nr. 19, jeder Zeit angenommen.

Billigst.
Höchst sauber und fein wird weiße Wäsche angefertigt Heiligegeiststraße Nr. 17, eine Stiege hoch, vorn heraus.

Anstellungs-Gesuch.
Ein bis jetzt einem Mühlengeschäft vorstehender, vielseitig gebildeter Techniker wünscht veränderungshalber ein Engagement als Fabrik-Inspektor oder in ein dem ähnliches Verhältniß zu treten, und ist eine verhältnißmäßige Caution zu leisten bereit.
C. G. Schmidt, Taschenstr. 27 b.



Ich wohne jetzt **Garten-Straße Nr. 35,** vis-à-vis dem Weißgarten.
Th. Stahl, Pferdehändler.

Angespornt durch den allgemeinen Beifall, dessen sich mein Champagner-Liqueur zu erfreuen hatte, habe ich mich veranlaßt gesehen, nächst dem moussirenden Rothwein moussirenden Apfelsinen-Liqueur zu bereiten, der seiner pikanten Bittere wegen jenen an Wohlgeschmack übertrifft. Ich empfehle diesen wirklich schönen Apfelsinen-Champagner-Liqueur als etwas noch nicht Dagewesenes.
S. Troplowitz,
Rum-, Sprit- und Liqueur-Fabrikant,
Neumarkt Nr. 6, im Adler.

Verkauf und Vermiethung.
Ein in jeder Beziehung schön und vortheilhaft gelegenes Haus ist äußerst preiswürdig zu verkaufen, und eine Wohnung in der Bel-Etage von 3 Zimmern mit Balkon, großer Alkove, großer Küche zc., bald beziehbar, veränderungshalber recht billig zu vermiethen. Näheres Neue Gasse Nr. 19 par terre, geradeein.

Gute **Flügel** stehen billig zu vermiethen: Hummerei Nr. 56.

So eben empfing ich einen bedeutenden Transport

frischer Ostsee-Aale,

welche ich **zentnerweise** und **im Einzelnen** billigst offerire.
Gustav Rösner,
Fischmarkt und Bürgerwerder, Wassergasse 1.

Frische Austern bei Ernst Wendt.

Echte große

Görzer Maronen

empfing und empfiehlt:
Christ. Gottlieb Müller,
Ring Nr. 28.

Neue holländische Vollheringe
empfing in schönster Qualität und empfiehlt die $\frac{1}{16}$ Tonne mit circa 48 Stück für 2 Rtl. incl. Gebind, einzeln das Stück $1\frac{1}{2}$ Sgr.
Herrmann Stefke, Reusche Straße 63.

Apollokerzen zu 10, $10\frac{1}{2}$ u. 11 Sgr., **Stearinlichte** zu 9 Sgr., so wie alle Sorten **Wachsstöcke,** empfiehlt zu den billigsten Preisen, die Wachswaaren-Handlung von **C. W. Schnevel,** Kupferschmiedestraße Nr. 41, Stadt Warschau.

Von der als ersparend bewährten
echt engl. Patent-Wagenschmiere
erhielt neue Zufuhr und offerirt billigst:
C. Rudolph, Oderstr. 22.

Ein Lehrling mit den nöthigen Schulkenntnissen wird gesucht Fischmarkt 2 im Comtoir.

Rums und Araks in allen Preisen:
Ofener Rothwein à $12\frac{1}{2}$ Sgr. } pr. brl. Bout.
Oesterr. Weißwein à 16 Sgr. }
empfiehlt: **S. Troplowitz,**
Rum-, Sprit- und Liqueur-Fab. Neumarkt 6.

Varinas-Melange, alte gelagerte Waare à Pfd. 8 und 10 Sgr. empfiehlt:
J. Triest, Ohlauerstraße Nr. 24.

Haus-Verkauf.

Ein schönes, gut gelegenes **Haus,** welches sich wegen seinen großen **Räumlichkeiten** für einen **Kaufmann** eignet, wird wegen Familienverhältnissen unter sehr vortheilhaften Bedingungen verkauft. Näheres bei Hrn. **E. Stohrer,** Schmiedebrücke Nr. 49.

Ein kleiner **Wachtel-Hund,** weiß und braun gefleckt mit braunen Füßen und mit blauem Leder-Halsband versehen, auf den Namen „Fidelio" hörend, ist abhanden gekommen, und wird demjenigen, der ihn Junkernstraße Nr. 7, 2 Etage wiederbringt, ein angemessenes Douceur zugesichert.

Ein gelber Bulldogg hat sich auf der Trebnitzer Chaussee eingefunden. Der sich legitimirende Eigenthümer kann sich melden: Mathias-Straße Nr. 5.

Ohlauerstraße Nr. 72 ist zu Ostern k. J. der zweite Stock zu vermiethen.

Zu vermiethen.
Ohlauerstraße Nr. 56 ist die zweite Etage von 6 oder 8 eleganten Zimmern zu vermiethen.

Schmiedebrücke Nr. 54 ist ein Gewölbe zu jedem Geschäft sich eignend zu vermiethen und bald zu beziehen. Näheres Oderstraße Nur 33 beim Fleischermeister Heinze.

Ring Nr. 2, vorn heraus, sind 2 möblirte Zimmer bald zu vermiethen. Näheres daselbst im Gewölbe.

Breslau, den 3. November 1849.

Kinder-Mäntel

für **Knaben** und **Mädchen,** in **Sammet. Seide** und **Cachemir,** in **neuer Auswahl** empfiehlt:
J. Seelig,
Schweidnitzerstraße 52, erste Etage.

Große Görzer Maronen,
Frischen geräucherten Lachs, Kieler Sprotten,
Jauersche Bratwurst, Teltower Rübchen,
Elbinger Neunaugen und marinirten Aal
offeriren von neuen Sendungen:
Karl Straka, Albrechtsstr. 39, d. königl. Bank gegenüber.
Herrmann Straka, Dorotheen- und Junkernstraßen-Ecke, Nr. 33.

Ein vollständiges Sortiment bunt- und schwarzseidener Stoffe, eine eben so große Auswahl einfarbiger und bunter Kleiderzeuge, sowie Umschlagetücher und carrirte Double-Shawls empfing und offerirt zu den billigsten Preisen:
A. Weisler,
Schweidnitzer- und Junkernstraßen-Ecke 50.
Die neuesten Façons seidener Lama- und Halblama-Mäntel.

Wollene gewirkte **Unterhemden** und **Jacken,** dergleichen **Beinkleider, Strümpfe, Socken** und **Leibbinden** empfiehlt billigst:

Eduard Kionka, Ring Nr. 42.

Das Gesellschafts-Lokal mit Kegelbahn und Garten, Nikolaistraße Nr. 27, welches seit geraumer Zeit **der goldene Helm-Verein** inne hat, ist von Termin Ostern 1850 an, anderweitig zu vermiethen. Die nähern Bedingungen sind im Vorderhause, eine Stiege hoch, zu erfragen.

Ein schönes großes Gewölbe
zum Spezerei- und Victualien-Verkauf ist zu Ostern, wegen Geschäftsaufgabe des Besitzers, Klosterstraße Nr. 55 zu vermiethen.

Werder-Straße Nr. 37
ist für 80 Thaler eine Wohnung im dritten Stock, so wie Stube und Kammer, 4 Treppen hoch, zu Weihnachten zu beziehen.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.
Gutsbesitzer von Weißembach a. Galizien. Gutsbesitzer von Winkler aus Miechowitz. Gutsbesitzer von Schickfus aus Trebnig. Kaufmann Große und Partikulier Steinfeld aus Berlin. Eskadron-Kommandant Lebon-Bacheem aus Wien. Kammerrath Urban u. Ober-Amtmann Prenten aus Pleß.

Zu vermiethen
ist ein großes, freundliches Vorderzimmer: Hummerei Nr. 17, im 2ten Stock.

2. u. 3. Nov.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″7,19‴	27″6,57‴	27″5,69‴
Thermometer	+ 6,8	+ 3,2	+ 8,0
Windrichtung	S	NW	W
Luftkreis	überw.	fast heiter	heiter.

Getreide- Oel- u. Zink-Preise.
Breslau, 3. November.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen weißer	59	Sg.	51	Sg.	45	Sg.
„ gelber	54	„	48	„	40	„
Roggen . .	$28\frac{1}{2}$	„	27	„	25	„
Gerste . .	$24\frac{1}{2}$	„	23	„	21	„
Hafer . . .	$17\frac{1}{2}$	„	$16\frac{1}{2}$	„	$15\frac{1}{2}$	„

Rother Kleesaamen . 9 bis 12 Thlr.
Weißer „ . $5\frac{1}{2}$ bis $12\frac{1}{2}$ „
Spiritus $6\frac{1}{12}$ Thlr. Gl.
Rohes Rüböl 15 Thlr. Gl.
Zink loco 4 Thlr. 16 Sgr. bez.
Rapps 112. 109. 107.
Rübsen 95. 93. 91.

Fahrplan der Breslauer Eisenbahnen.

Abg. nach / Ank. aus	Oberschles.	Pers.-Züge	7 Uhr, 2 Uhr; nach Oppeln 5 Uhr 40 M. Abends. / 3 U. 30 M., 8 U. 20 M. Ab.; von Oppeln 9 U. 45 M. Mrg.		
Abg. nach / Ank. von	Berlin	Pers.-Züge	7 U. 15 M., 5 U. 15 M. / 11 U. 45 M., 8 U. 6 M. A.	Güter-Züge	12 U. 15 M. Mitt. / 5 U. Nachmitt.
Abg. nach / Abg. von / Abg. von	Freiburg / Schweidnitz	tägl.	8 U. — M., 5 U. — M. / 7 U. 15 M., 5 U. 18 M. / 7 U. 10 M., 5 U. 15 M.	Außerdem Sonntag, Mittwoch u. Freitag,	1 U. — M. Mitt. / 1 U. 18 M. „ / 1 U. 15 M. „

Auktionen in Breslau.

Den 5. Nov., Vorm. 9 Uhr, Fortsetzung der Lerschschen Auktion, Ohlauerstr. 1.
Den 6. Nov., Vorm. 9 Uhr, Nachlaßsachen, Ritterplatz 15.
Den 6. Nov., Nachm. 2 Uhr, zum Dr. Beilschmidtschen Nachlasse gehörende Bücher, Breitestr. 1.

Börsenberichte.

Paris, 31. Oktober. 3% 56. — 5% 88. 30.

Berlin, 2. November. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindner $3\frac{1}{2}$% 96 bez. Krakau-Oberschlesische 4% 69 bez., Prior. 4% $85\frac{1}{2}$ Br. Friedrich-Wilhelms Nordbahn $55\frac{1}{2}$ 56, $55\frac{1}{2}$ bez. und Br. Niederschlesisch-Märkische $3\frac{1}{2}$% $84\frac{1}{4}$ bez. und Gl., Prior. 4% $93\frac{3}{4}$ bez. und Gl., Prior. 5% $102\frac{3}{8}$ bez. und Gl., Ser. III. 5% 101 bez. und Gl. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 31 Gld., Prior. 5% 88 Gl. Oberschlesische Litt. A. $3\frac{1}{2}$% $106\frac{1}{2}$ bez. und Gl., Litt. B. 104 bez. und Br. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% $106\frac{1}{4}$ bez. Staatsschuld-Scheine $3\frac{1}{2}$% $88\frac{5}{8}$ bez. und Gl. Seehandlungs-Prämien-Scheine 101 bez. und Gl. Posener Pfandbriefe 4% $99\frac{5}{8}$ Gl., $3\frac{1}{2}$% $89\frac{5}{8}$ Gl. Preußische Bank-Antheile 97 bez. und Gl. Polnische Pfandbriefe alte 4% 96 Gld., neue 4% $95\frac{5}{8}$ bez. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. $81\frac{1}{2}$ bez. und Gl., à 300 Fl. 110 Gl.

Die heutige Börse war sehr belebt und fand namentlich in Nordbahn-, Berlin-Hamburger, Potsdam-Magdeburger, Krakau-Oberschlesischen, Köln-Mindener, Magdeburg-Wittenberger-, Rheinischen- und Düsseldorf-Elberfelder-Aktien ein lebhafter Verkehr zu steigenden Koursen statt. Alle übrigen Aktien und Fonds begehrt und theilweise etwas höher bezahlt.

Wien, 2. November Fonds noch mehr Eisenbahn-Aktien gedrückt, jedoch gegen Ende wieder etwas fester. Comptanten und Devisen wenig verändert, jedoch in etwas besserem Begehr, wie auch Gold-Sorten. $2\frac{1}{4}$ Uhr. 5% Metal. $94\frac{1}{2}$ bis $\frac{5}{8}$. Nordbahn $107\frac{3}{4}$ bis $\frac{7}{8}$.

Breslau, 3. November. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten $95\frac{1}{2}$ Gl. Kaiserliche Dukaten $95\frac{1}{2}$ Gl. Friedrichsd'or $113\frac{1}{2}$ Br. Louisd'or $112\frac{7}{12}$ Br. Polnisches Courant 96 Gld. Oesterreichische Banknoten $96\frac{1}{4}$ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 101 Gld. Freiwillige Preußische Anleihe 106 Gl. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rthlr. $3\frac{1}{2}$% 89 Br. Breslauer Stadt-Obligationen $3\frac{1}{2}$% $96\frac{3}{4}$ Gl. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% $99\frac{3}{4}$ Gld., neue $3\frac{1}{2}$% $89\frac{1}{2}$ Gl. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. $3\frac{1}{2}$% $95\frac{1}{8}$ Br., Litt. B. 4% $98\frac{3}{4}$ Gl., $3\frac{1}{2}$% $93\frac{7}{12}$ Br. Alte polnische Pfandbriefe — — neue $95\frac{1}{12}$ Gl. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. $81\frac{1}{2}$ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 78 Gl., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. $106\frac{1}{12}$ Gl., Litt. B. $103\frac{1}{2}$ Gl. Krakau-Oberschlesische 69 Gl. Niederschlesisch-Märkische $84\frac{3}{4}$ Br., Priorität 5% 102 Gl. Serie III. $100\frac{3}{4}$ Gl. Neisse-Brieger $42\frac{1}{2}$ Br. Köln-Mindener $95\frac{1}{2}$ Gld., Priorität $102\frac{11}{12}$ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn $55\frac{1}{2}$ Gld. — Wechsel-Course: Amsterdam 2 Monat $142\frac{1}{12}$ Gl. Berlin 2 Monat $99\frac{3}{4}$ Gl., k. Sicht $100\frac{1}{6}$ Br. Hamburg 2 Monat $150\frac{1}{12}$ Br., k. Sicht $150\frac{3}{8}$ Br. London 3 Monat 6. $26\frac{5}{12}$ Br. Paris 2 Monat 81 Gl.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.